

Einleitung

Die Zeitschrift *Der Monat* wurde 1948 im Auftrag des US-amerikanischen Militärgouverneurs in Westdeutschland, General Lucius D. Clay, von dem Journalisten Melvin J. Lasky gegründet. Die zeitweilig europaweit meistgelesene Kulturzeitschrift besaß für die politische und geistige »Westernisierung« (Anselm Doering-Manteuffel) der frühen Bundesrepublik eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Sie gehörte in eine Reihe der zahlreichen politisch-kulturellen Zeitschriftenorgane (wie zum Beispiel *Der Ruf*, *Die Wandlung* oder die *Frankfurter Hefte*), die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter der Ägide der westalliierten Besatzungsbehörden, zumal der US-amerikanischen, im Nachkriegsdeutschland mit dem Ziel ins Leben gerufen wurden, nationalsozialistisches Gedankengut durch demokratisches zu ersetzen; diese Reeducation bezog sich sowohl auf den Bereich der Politik und politische Ideologien als auch auf den der Kultur und wurde neben den deutschen Bildungsinstitutionen insbesondere von den Medien getragen.

Gleichwohl steht *Der Monat* gemeinhin im Ruf, ein Kind des Kalten Krieges und ein spezielles Instrument des US-amerikanischen Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) im Kampf gegen den Kommunismus gewesen zu sein. Insbesondere nach der Aufdeckung, dass die international bekannte linksliberal-antikommunistisch ausgerichtete Intellektuellenorganisation »Kongreß für kulturelle Freiheit«¹ jahrzehntelang finanzielle Unterstützung von der CIA erhalten hatte, bekam diese Kritik neue Nahrung. Da *Der Monat* aber organisatorisch, personell, inhaltlich und funktional mit dem »Kongreß für kulturelle Freiheit« eng verbunden war, soll im Folgenden anlässlich der Aufdeckung der CIA-Finanzierung *in nuce* auf die daraus resultierenden politischen Implikationen sowie auf dessen grundsätzliche Bedeutung für die Vereinigten Staaten im Kalten Krieg eingegangen werden.

Als die *New York Times* in ihrer Ausgabe vom 27. April 1966 meldete, dass zwei renommierte Stiftungen vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert würden und die einflussreiche Zeitschrift *Encounter* (London) ihre Gelder in erster Linie von diesen Institutionen bezöge, wurden endgültig Gerüchte bestätigt, die bereits seit Beginn des Kalten Krieges in der internationalen Öffentlichkeit grassierten. Wie in

1 Während dieser in Westdeutschland von 1950 bis 1952 unter dem Namen »Kongreß für kulturelle Freiheit« firmierte und danach unter dem Namen »Kongreß für die Freiheit der Kultur« war im internationalen Bereich zumeist die englische Bezeichnung »Congress for Cultural Freedom« (CCF) üblich. In dieser Arbeit wird der deutsche Name aus den ersten beiden Jahren gebraucht.

den Jahren zuvor unternahmen die Herausgeber der Zeitschrift *Encounter*, Melvin J. Lasky, Stephen Spender und Irving Kristol, sowie die prominenten Autoren John Kenneth Galbraith, George F. Kennan, J. Robert Oppenheimer und Arthur M. Schlesinger jr. einen erneuten Versuch, alle Vorwürfe abzustreiten, und erklärten in zwei Leserbriefen mit Blick auf den im Fokus stehenden »Kongreß für kulturelle Freiheit«, dass dieser zu jedem Zeitpunkt eine unabhängige Organisation gewesen sei und ausschließlich den »Wünschen ihrer Mitglieder und Mitarbeiter sowie den Entscheidungen ihres Exekutivkomitees verpflichtet« war.² Indessen hatten dieses Mal die Gegendarstellungen keinen Erfolg, und die Folge war, dass es zu einem handfesten Skandal kam. Insbesondere in der amerikanischen Öffentlichkeit setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass bei der überwiegenden Zahl dieser Dementis von den Personen bewusst die Unwahrheit gesagt wurde und eine große Anzahl der Autoren es seit langer Zeit viel besser wusste. So gab Galbraith im darauffolgenden Jahr zu, dass er seit Mitte der 1950er-Jahre von den Beziehungen zwischen dem »Kongreß für kulturelle Freiheit« und der CIA Kenntnis besaß.³ Lasky wiederum musste Anfang Mai 1967 einräumen, dass er von der CIA-Finanzierung des *Encounter* gewusst habe, allerdings seien weder seine Mitherausgeber darüber informiert gewesen noch hätte der CIA mit seinem Engagement irgendwelche konkreten Absichten verfolgt. Gleichwohl verstummte die Kritik nicht, die in dem von Christopher Lasch geäußerten Vorwurf gipfelte, wonach der Kongress für Doppelmoral und Heuchelei stehe: »Während die Organisation philosophische ›fellow-travellers‹ gnadenlos verfolgt habe, hätte sie keine Bedenken gehabt, selbst mit der CIA zusammenzuarbeiten.«⁴

Die bisherige defensive Position des »Kongresses für kulturelle Freiheit« unter der Führung von Michael Josselson ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, als sich dessen ehemaliger Vorgesetzter und früherer Leiter des »covert action«-Departments der CIA, Thomas Braden, zu Wort meldete. In der Ausgabe der *Saturday Evening Post* vom 20. Mai 1967 teilte der Ex-Geheimdienstmitarbeiter mit, dass der Kongress »eine verdeckte Operation der CIA gewesen« sei.⁵ Bereits eine Woche zuvor hatten Michael Josselson und John Hunt auf einer in der Pariser Zentrale stattgefundenen Generalversammlung des »Kongresses für kulturelle Freiheit« erklärt, dass er seit der Gründung der Institution im Jahre 1950 von der CIA finanziell unterstützt wurde, anfangs direkt, später über sogenannte *dummy foundations* (Scheinstiftungen), und traten daraufhin von ihren Leitungsposten zurück. Damit waren nicht nur die Glaubwürdigkeit und die Reputation des »Kongresses für kulturelle Freiheit« in den Grundfesten erschüttert, sondern auch die seiner zahlreichen Mitarbeiter sowie der von diesem Apparat herausgegebenen angesehenen Zeitschriften – darunter neben dem *Encounter* beispielsweise *Preuves* (Paris), *Tempo Presente* (Mailand) und *Der Monat*, der nicht zufällig in der »Frontstadt« des Kalten Krieges, Westberlin, herausgegeben wurde.

Die 1950 im Anschluss an den in Westberlin veranstalteten legendären »Kongreß für kulturelle Freiheit« gegründete gleichnamige Institution war das wichtigste Inst-

2 Siehe Francis Stonor Saunders, *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*, Berlin 2001, S. 357 f., hier S. 358.

3 Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 562.

4 Ebd., S. 565.

5 Ebd., S. 566.

rumment eines von der CIA unter ihrem langjährigen Chef Allen Dulles in der Hochphase des Kalten Krieges ins Leben gerufenen ambitionierten kulturpolitischen Projektes. Es stand ganz im Zeichen des antikommunistischen Grundkonsenses in der amerikanischen Führung, wonach angesichts der sowjetischen Herausforderung für die Vereinigten Staaten insbesondere in der Außenpolitik ein fundamentaler Paradigmenwechsel notwendig wäre, damit die auf der Basis des eigenen Wertesystems stehende Vision der neuen Weltordnung Gestalt annehmen könne. Angesichts der in den Regierungsapparaten vorherrschenden Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten nach dem Sieg gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus im Kampf der westlichen Demokratien gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten eine Vorreiterrolle zu spielen hätten, investierte die CIA unter strengster Geheimhaltung schätzungsweise zehn Millionen Dollar in kulturelle Projekte, um die Werte des Westens gegenüber der kommunistischen Herausforderung öffentlichkeitswirksam vertreten zu können. Führende Regierungspolitiker hingen dem Glauben an die Überlegenheit des amerikanischen Wertesystems an und betrachteten es als ihre Aufgabe, eine *pax americana* der Nachkriegswelt zu entwickeln und zu rechtfertigen, deren wichtigster und einflussreichster Vordenker der damalige Direktor des Politischen Planungsstabes im Außenministerium, George F. Kennan, war. In diesem Zusammenhang bestand der zentrale Auftrag des »Kongresses für kulturelle Freiheit« in den Jahren von 1950 bis 1967 unter der Leitung des CIA-Mitarbeiters Michael Josselson darin, die westeuropäische Intelligenz, die in großem Ausmaß Sympathien für den Marxismus und (sowjetischen) Kommunismus zeigte, für die amerikanische »Sache« zu gewinnen. Zu seinen engsten Mitarbeitern zählten neben Paradeintellektuellen wie Schlesinger jr. oder Lasky eine Gruppe ehemaliger Radikaler und linker Intellektueller wie Sidney Hook, Arthur Koestler, Franz Borkenau, James Burnham, deren Glaube an Marxismus (respektive Trotzismus) und Kommunismus durch den Stalinismus tief erschüttert worden war. Die Namen der angeworbenen Autoren gehörten zur Crème de la Crème der intellektuellen Elite des Westens, unter anderem Hannah Arendt, Raymond Aron, Daniel Bell, Isaiah Berlin, Mary McCarthy, George Orwell, Ignazio Silone und Manès Sperber.

Der »Kongreß« veröffentlichte mehr als 20 angesehene Zeitschriften. Weltweit wurden Konzerte, Konferenzen und Kunstausstellungen, Opern, Sinfonien und Ballettvorstellungen organisiert, um explizit und implizit die Freiheitsphilosophie des Westens zu propagieren. Hierzu zählten Tourneen des international bekannten Boston Symphony Orchestra ebenso wie Ausstellungen von Künstlern, die zu den Vertretern des abstrakten Expressionismus zählten; hiermit sollte die Überlegenheit frei assoziierender westlicher Kunst über den »sozialistischen Realismus« demonstriert werden. Darüber hinaus wurden knapp 1000 Bücher veröffentlicht und zahlreichen Stipendiaten die Möglichkeit für Auslandsaufenthalte gegeben. Um den eigentlichen Auftraggeber zu verschleiern, wurden seitens der CIA vollkommen unverdächtige und aufgrund ihres öffentlichen Ansehens kaum angreifbare Institutionen eingeschaltet. Eine zentrale Rolle spielten hierbei die in den Vereinigten Staaten für den Wissenschafts- und Kulturbetrieb überaus bedeutenden gemeinnützigen Stiftungen. Rund 170 solcher Einrichtungen waren am Transfer der vom amerikanischen Geheimdienst zur Verfügung gestellten Gelder beteiligt: wie zum Beispiel die Farfield Foundation, die Kaplan Foundation, die Rockefeller Foundation und nicht zuletzt die Ford Foun-

dation, über die auch finanzielle Mittel in den für den europäischen Wiederaufbau bedeutsamen sogenannten Marshallplan hineingesteckt wurden.⁶

Der weltweit ausgerichtete »Kongreß für kulturelle Freiheit« bildete im Rahmen der verdeckten CIA-Operationen einen wichtigen Bestandteil eines Netzwerkes von Gruppen und Organisationen im Kalten Krieg, ein »Geflecht höchst unterschiedlicher Agenturen mit ebenso mannigfaltigen Aufgabenbereichen innerhalb des Gesamtzusammenhanges der Auseinandersetzung zwischen den liberaldemokratischen Staaten des Westens und der kommunistischen Welt«⁷. Hierbei kam der Organisation sowie speziell den von der Pariser Zentrale herausgegebenen internationalen Zeitschriften eine wichtige Aufgabe zu: die aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges heraus notwendig gewordenen Versuche, das neu errichtete gleichermaßen liberaldemokratische wie kapitalistisch organisierte Hegemonialsystem der Vereinigten Staaten im Rahmen des Systemkonfliktes mit der Sowjetunion zu stabilisieren. In diesem Kontext verfolgten der »Kongreß für kulturelle Freiheit« und die Zeitschrift *Der Monat*, wie zu zeigen sein wird, mit Blick auf den deutschen Sprach- und Kulturraum ganz spezifische Ziele, wobei die geistige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus sowie anderen Varianten antiliberalen und antidemokratischen Denkens auf der Ebene von Ideen besonders wichtig war. Darüber hinaus besaß speziell im *Monat* aus politischen Gründen die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sowie vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Totalitarismustheorien der Vergleich zwischen den beiden totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus eine herausragende Bedeutung.

Abgesehen von der in dieser Arbeit nicht endgültig zu klärenden Frage nach den konkreten Querverbindungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA, zumal der Abteilung für verdeckte Aktionen, kann hier gleichwohl einleitend festgehalten werden: Sowohl der »Kongreß für kulturelle Freiheit« als auch die Zeitschrift *Der Monat* waren von US-amerikanischen Finanzhilfen abhängig. Während der Kongress überwiegend von geheimen Geldern der CIA abhing, wurde *Der Monat* vermutlich ausschließlich mit den Mitteln der amerikanischen Besatzungsbehörden eingeführt und im Laufe der Jahre auch von der CIA (mit-)finanziert.

Eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen dem »Kongreß für kulturelle Freiheit« und dem *Monat* bestand darin, dass den leitenden Akteuren der Agitations- und Propagandaapparat der Kommunistischen Internationalen (Komintern) unter Willy Münzenberg und ihre auf vielfältige Weise orchestrierte Medienkampagnen zur Beeinflussung der Diskussion an der »Intellektuellenfront« aus den 1920er- und 1930er-Jahren in gewisser Weise als Vorbild diente, zumal in einigen Fällen eine direkte personelle Kontinuität bestand. Insofern verfügten die maßbeglichen Beteiligten der beiden Einrichtungen über genügend Erfahrungen, wie die globalen Aktivitäten und die Geschichte des Kongresses am besten gesteuert und wie die ideologische Ausrichtung sowie die angestrebten kulturellen und politischen Ziele des *Monat* über die Themenauswahl und Berichterstattung sowie einer speziellen Autorenauswahl in ihrem Sinne gelenkt werden kann. Indes erklärte bereits das Impressum der ersten Ausgabe der Zeitschrift im Oktober 1948 ausdrücklich: »Die in seinen Spalten wiedergegebenen Gedanken ent-

6 Siehe Saunders, Wer die Zeche zahlt ..., S. 124–138.

7 So Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 17.

sprechen weder in jedem Fall der Ansicht der Redaktion, noch sind die Beiträge einzelner Autoren Ausdruck irgendeiner offiziellen Haltung.« Für Lasky bestand nun als Herausgeber und Chefredakteur des *Monat* die Kunst gerade darin, dass einerseits die Unabhängigkeit der Autorinnen und Autoren auch tatsächlich gewahrt blieb, da die internationalen Wissenschaftler, Publizisten und Schriftsteller selbstverständlich in ihrer geistigen Arbeit völlige Freiheit besaßen, andererseits die Summe einer großen Bandbreite unterschiedlicher Ansichten und Meinungen so zu steuern, dass die beabsichtigten Ziele der finanziellen Auftraggeber in der politischen, kulturellen und ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus erfüllt werden. Hierbei ist es schwer vorstellbar, dass sich die zum Teil überaus renommierten Intellektuellen in den Dienst der antikommunistischen Sache gestellt hätten, wenn ihnen irgendwelche Direktiven erteilt worden wären oder über die lenkende Hand des amerikanischen Geheimdienstes im Hintergrund informiert gewesen wären. Als Grundthese wird darum in der vorliegenden Untersuchung angenommen, dass mit Blick auf die Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus eine Redaktionspolitik betrieben wurde, die unter anderem über die Auswahl der Themen und Autoren, die Festlegung von Grundlinien der Berichterstattung und Kommentierung und vor allem durch das Ausblenden von bestimmten Themen im Vorfeld wichtige Weichen stellte, außerdem die Instrumentalisierung von politischen und wissenschaftlichen Publikationen und Totalitarismusstudien prominenter Autoren einschloss. Angesichts der durch den Kalten Krieg ausgelösten Entscheidung der Vereinigten Staaten für die Westbindung und die Wiederaufrüstung des ehemaligen Kriegsgegners stand dahinter das politische Ziel, die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen zu relativieren und zu neutralisieren, die Wehrmacht als Institution zu rehabilitieren sowie die Mitverantwortung und Mitwirkung der militärischen, bürokratischen, diplomatischen, medizinischen und wirtschaftlichen Eliten in das verbrecherische System zu kaschieren, was ihre Integration in die Nachkriegsgesellschaft erleichterte, und andererseits den sowjetischen Kommunismus zu delegitimieren.

DER MONAT ist eine internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben. Die in seinen Spalten wiedergegebenen Gedanken entsprechen weder in jedem Fall der Ansicht der Redaktion, noch sind die Beiträge einzelner Autoren Ausdruck irgendeiner offiziellen Haltung.

DER MONAT soll als Forum einer offenen Aussprache und Auseinandersetzung auf der Grundlage freier Meinungsäußerung dienen und beabsichtigt, einer möglichst großen Zahl verschiedener Stimmen aus Deutschland und allen Teilen der Welt Gehör zu verschaffen.

CHEFREDAKTEUR: Melvin J. Lasky. REDAKTION: Berlin-Dahlem, Saargemünder Str. 25 (Information Services Division, APO 742). DRUCK UND VÉRTRIEB: Die Neue Zeitung, München 13, Schellingstraße 39. Nachdruck nur mit besonderer Genehmigung der Redaktion.

Impressum

Fragestellung, Aufbau und Methode der Arbeit

Die Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der Zeitschrift *Der Monat* lässt sich von folgenden zentralen Fragestellungen leiten: Welches Bild zeichnete die Zeitschrift vom nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystem? Wie wurden die beiden totalitären Herrschaftssysteme vergleichend analysiert? Wie ist der Vergleich zwischen der »braunen« und der »roten« Diktatur ausgefallen? Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die zeitgenössischen Totalitarismustheorien? Auf welches totalitarismustheoretische Modell stützte sich die Zeitschrift bei der Kritik der beiden totalitären Herrschaftssysteme in erster Linie? Gab es bei der (vergleichenden) Auseinandersetzung mit der Geschichte des »Dritten Reiches« und dem sowjetischen Kommunismus erkennbare Lücken der Berichterstattung und der kritischen Reflexion? Mit Blick auf die Geschichte der »Hitler-Diktatur« heißt das insbesondere: Wurden bestimmte Aspekte und Themenfelder der politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit den Folgen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und seiner Verbrechen ausgeblendet? Erfüllte der *Monat* hinsichtlich der Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus den von der Redaktion propagierten Antitotalitarismus?

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wird zudem danach gefragt, ob sich bei der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Totalitarismus und seinen vergangenheitspolitischen Dimensionen in der inhaltlichen Ausrichtung zeigen lässt, dass sich die Imperative der US-amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland gewandelt hatten? Und lässt sich angesichts der CIA-Finanzierung des »Kongresses für kulturelle Freiheit« beim *Monat* eine Redaktionspolitik feststellen, die auf Direktiven des US-amerikanischen Geheimdienstes zur Steuerung des Publikationsorgans hindeuten?

Ausgehend von diesem Fragenkomplex, wurde für den Aufbau der Untersuchung ein nicht zu eng gefasster inhaltlicher Gesamtrahmen gewählt. Zuerst erfolgt noch im Einleitungsteil eine ausführliche Darstellung der wechselvollen Geschichte des Totalitarismusbegriffs, mit der nicht nur die politisch und/oder wissenschaftsgeschichtlich wichtigsten Totalitarismustheorien präsentiert werden, sondern auch gezeigt werden soll, wie die historische Genese des Terminus in einem starken Maße von der jeweiligen politischen Situation beeinflusst worden ist und er zur Legitimation der westlichen Demokratien mittels der Markierung des totalitären Feindes diene.

Im ersten Teil der Untersuchung geht es darum, die Zeitschrift *Der Monat* mit Blick auf die Vereinigten Staaten in den politisch-historischen und ideologischen Kontext des Kalten Krieges zu stellen, wobei die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus nationalsozialistischer und sowjetkommunistischer Couleur im Mittelpunkt steht.

Im ersten Abschnitt werden im ersten Kapitel zuerst, ausgehend von den während des Zweiten Weltkrieges in Washington einsetzenden Überlegungen über die Nachkriegsordnung, die grundsätzlichen Prinzipien dargelegt, mit denen die Vereinigten Staaten unter dem damaligen Präsidenten Roosevelt den Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt haben. Der zum alles entscheidenden Kriegsziel erklärte Sieg über das »Hitler-Regime« ließ auch ein Bündnis mit der Sowjetunion möglich werden, die seit der Russischen Oktoberrevolution von 1917 ein feindliches Wertesystem verkörperte, das den amerikanischen Ordnungsprinzipien in der Innen- und Außenpolitik diametral entgegengesetzt war. Insofern wird in dieser Arbeit von einem frühen

Antikommunismus in der politischen Elite der Vereinigten Staaten ausgegangen, der nicht an den Kalten Krieg gebunden war, sich aber in der konkreten, existenziellen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion unter Stalin zuspitzte. Dies soll insbesondere anhand der nach dem Sieg über den Nationalsozialismus die US-amerikanische Außenpolitik maßgeblich mitgestaltende sogenannte Riga-Fraktion um George F. Kennan im State Department skizziert werden, die sich frühzeitig mit dem Wesen der sowjetkommunistischen Diktatur auseinandersetzten und speziell den Konnex zwischen der Russischen Revolution und den danach in Gang gekommenen staatlichen Massenverbrechen beleuchteten (Kap. I.1.4); zur Sprache kommen soll hierbei auch, dass im Laufe der 1930er-Jahre einerseits wichtige Erkenntnisse über das sowjetkommunistische Herrschaftssystem und den stalinistischen Terror auch durch verschiedene Publikationen ehemaliger Anhänger des Kommunismus, den sogenannten Renegaten, geliefert wurden, die zudem häufig einen Vergleich mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem beinhalteten (Kap. I.1.2), sowie andererseits die Genesis des in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre einsetzenden Spaltungsprozesses innerhalb der amerikanischen politischen Linken, deren prominenteste Exponenten eine prinzipielle Kritik an den totalitären Diktaturen übten und später im *Monat* und dem »Kongreß für kulturelle Freiheit« eine entscheidende Rolle spielten (Kap. I.1.3). Anhand des Antikommunismus der »Riga-Fraktion« um Kennan soll gezeigt werden, dass im State Department zum einen eine (Forschungs-)Abteilung für russische Angelegenheiten ins Leben gerufen wurde und zum anderen nicht zuletzt gegenüber der stalinischen Außenpolitik ein realistischer Blick eingenommen wurde und ein Bewusstsein vorhanden war, dass der Konflikt mit dem sowjetischen Totalitarismus während des Zweiten Weltkrieges nur vorübergehend stillgelegt war (Kap. I.1.4). Die daraus resultierenden Konsequenzen werden in den Kapiteln I.1.5 bis I.1.8 thematisiert. Vor dem Hintergrund der unmittelbar nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem einsetzenden Überlegungen, wie sich in Zukunft die außenpolitischen Beziehungen mit der Sowjetunion gestalten würden, soll zuerst auf die vom neugegründeten Geheimdienstapparat Coordinator of Information (COI) – aus dem später das Office of Strategic Services (OSS) hervorging – ins Leben gerufene berühmte Forschungsabteilung Research and Analysis Branch (R&A) innerhalb der amerikanischen Kriegsadministration eingegangen werden, in der unter anderem deutsche Emigranten, Wissenschaftler und Intellektuelle einen aktiven Beitrag im Kampf gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem leisteten und auch für die konkreten Planungen über die Deutschlandpolitik nach Kriegsende (mit-)verantwortlich zeichneten; zudem wurde hier die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion unter Stalin weiterbetrieben. In diesem Zusammenhang soll dann mit Blick auf die Abteilung R&A, zumal der »Sowjetabteilung«, zur Sprache kommen, welche Folgen die unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte Auflösung des Geheimdienstapparates hatte und welche Rolle hierbei der sich besonders im State Department schnell ausbreitende militante Antikommunismus besaß. Kapitel I.1.7 geht kurz auf den Verlauf des entstehenden Kalten Krieges ein und reicht bis zur »Truman-Doktrin« im März 1947. Hier interessieren insbesondere die entscheidenden Etappenschritte und Stellungnahmen der aus der »Riga-Fraktion« stammenden US-Politiker und Diplomaten (bes. von Kennan), die zur Regierungsmannschaft des neuen Präsidenten Truman zählten und gegenüber der Sowjetunion eine Nachkriegspolitik vertraten, die in einem Gegensatz zu den Vorstellungen von Roosevelt und dessen

einflussreichen Beratern standen. Um die Genesis der Gründung der CIA und ihre sogenannten verdeckten Operationen, die maßgeblich auf den politischen Vorstellungen des Direktors des Politischen Planungsstabes im State Department, George F. Kennan, beruhten, geht es im letzten Kapitel I.1.8 des ersten Abschnittes dieser Arbeit.

Im zweiten Abschnitt geht es zuerst darum, die von den Alliierten während des Zweiten Weltkrieges auf den Konferenzen verhandelten Grundzüge der nach der bedingungslosen Kapitulation des ›Dritten Reiches‹ gültigen Deutschlandpolitik nachzuzeichnen, die bereits den Keim für zukünftige Auseinandersetzungen zwischen ihnen enthielten (Kap. I.2.1). Nachdem auf die sich Bahn brechenden Gegensätze insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingegangen wird, die auf die Deutschlandfrage ausstrahlte (Kap. I.2.2), sollen die unterschiedlichen Vorstellungen der vier Besatzungsmächte bei der konkreten Deutschlandpolitik dargelegt werden (Kap. I.2.3), die zum langsamen Auseinanderentwickeln der Besatzungszonen führten. Gezeigt wird, wie die Spaltung Deutschlands mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes koinzidierte, sodass an eine gemeinsame alliierte Deutschland- und Besatzungspolitik nicht mehr zu denken war. Das Kapitel I.2.4 wiederum beschäftigt sich mit der Genesis einer inneramerikanischen Kontroverse, die angesichts der Frage in Gang kam, wie nach dem militärischen Sieg mit dem »deutschen Problem« umzugehen sei, und die in einem unmittelbaren Zusammenhang der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion stand. Hier standen sich Verfechter einer harten Bestrafung Deutschlands, die ihren Ausdruck in der im September 1944 entstandenen Direktive JCS 1067 fand und die dem künftigen amerikanischen Militärgouverneur die Richtlinien für die zu verfolgende Politik in seiner Besatzungszone in die Hand gab, sowie den Vertretern des War Department und insbesondere des State Department gegenüber, die angesichts der prinzipiellen Gegnerschaft zum Sowjetkommunismus für eine »weiche Linie« in der Deutschlandfrage plädierten und frühzeitig die Integration des westlichen Teils Deutschlands favorisierten. Hier soll auch gezeigt werden, wie das endgültige Scheitern der diplomatischen Zusammenarbeit der ehemaligen Verbündeten im Frühjahr 1947 mit der von Truman verkündeten »Eindämmungsdoktrin« koinzidierte. Zudem veränderte sich dann im Zuge des Marshallplanes die amerikanische Deutschlandpolitik, was sich in der neuen Besatzungsdirektive JCS 1779 niederschlug, die im Juli 1947 die alte JCS 1067 ablöste und dadurch charakterisiert war, Westdeutschland zum Partner zu machen. Anhand der Berlinkrise 1948/49 (Kap. I.3) wird dann beschrieben, wie im Zentrum Europas der Konflikt zwischen dem westlichen System unter der Führung der Vereinigten Staaten und dem östlichen System unter der Führung der Sowjetunion eskalierte, worin die Bedeutung lag und welche politischen Implikationen die erste existenzielle politische Krise zwischen den beiden Supermächten zeitigte.

Zum besseren Verständnis der besonderen Funktion des *Monat* im Nachkriegsdeutschland und zur Rolle der Totalitarismustheorie (Kap. I.4) wird zuerst auf die zentrale Bedeutung des von den Alliierten vereinbarten Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses sowie die im Anschluss daran unter der alleinigen Verantwortung der Vereinigten Staaten durchgeführten sogenannten zwölf Nachfolgeprozesse bei der politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur eingegangen, die auch die historiografische Aufklärung über den kriminellen Charakter des Regimes und die deutschen Massenverbrechen beinhaltete. Außerdem soll in diesem Zusammenhang das Verhalten der deutschen Bevölkerung thematisiert werden: Nach anfänglich eher

zustimmender Haltung gegenüber dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher sprach diese sich nicht nur größtenteils gegen die Nürnberger Nachfolgeprozesse aus, außerdem brach sich nämlich bei ihr auch angesichts der umfassenden Entnazifizierungspolitik eine zunehmend radikale Ablehnung hinsichtlich der angeblich von den Alliierten behaupteten »Kollektivschuld« des deutschen Volkes Bahn, die bereits mit den Anfängen einer »Schlussstrichmentalität« korrespondierte (Kap. I.4.1). Insofern überschneiden sich diese Ausführungen mit denen zur langen Vorgeschichte des *Monat* (Kap. I.4.2), die insbesondere die Anfänge und den verändernden Charakter der konkreten amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland beleuchten und sowohl die allgemeinen als auch besonderen Hintergründe verständlich machen sollen, die zum Entschluss der amerikanischen Militärregierung führten, den *Monat* zu gründen. Nachdem die facettenreichen Aspekte der unmittelbaren Gründung und der Funktion des *Monat* (Kap. I.4.3) sowie die inhaltliche Ausrichtung unter der Ägide Melvin J. Laskys (Kap. I.4.4) geklärt werden, wird im Anschluss daran auf die Rolle der sogenannten klassischen Totalitarismustheorie in der frühen Bundesrepublik eingegangen (Kap. I.4.5). Die beiden letzten Kapitel des ersten Teils dieser Untersuchung beschäftigen sich einerseits mit den »heißen Tagen« des Berliner »Kongresses für kulturelle Freiheit« im Juni 1950 (Kap. I.5), andererseits mit historischen Zäsuren des *Monat*, die sich nicht zuletzt auf die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift auswirkten (Kap. I.6).

Im zweiten Teil der Untersuchung wird das Totalitarismusphänomen in den Fokus des *Monat* gerückt. Anhand von einzelnen Veröffentlichungen im *Monat* und speziell der beiden Studien *Das Zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens* (1950) von Hans Kohn und *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951) von Hannah Arendt soll einleitend die Vorgeschichte der nationalsozialistischen und bolschewistischen Massenbewegung sondiert und die Entstehungsbedingungen der totalitären Herrschaftssysteme in Deutschland und Russland beschrieben werden (Kap. II.1). Danach soll hervorgehoben werden, dass ohne die sogenannten totalitären Erfahrungen zahlreicher Wissenschaftler und Intellektueller, zumal ehemaliger Kommunisten, die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der totalitären Herrschaft und der Totalitarismustheorie kaum zu verstehen ist und eine zentrale Voraussetzung für die Mitarbeit im *Monat* darstellte (Kap. II.2); die Erfahrungen von Margarete Buber-Neumann stehen dafür exemplarisch (Kap. II.2.1). Insofern gibt es einen thematischen Zusammenhang zum anschließenden Kapitel, in dem es um die frühe Auseinandersetzung der Renegaten mit dem Totalitarismus geht, wobei dies vor dem Hintergrund ihrer Rolle im *Monat* erfolgt (Kap. II.3). Im Anschluss daran folgen zuerst Porträts von zehn prominenten Exponenten des *Monat*, die nicht nur für die (vergleichende) Beschreibung und Analyse des nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystems in dem Zeitschriftenorgan eine herausragende Bedeutung besaßen. Danach folgt eine Art »Negativporträt« von Franz Neumann, mit dem versucht wird, eine vorläufige Antwort auf die Frage zu finden, warum der Autor der 1942 erschienenen bahnbrechenden Studie über den Nationalsozialismus (*Behemoth*) und international bekannte Wissenschaftler und Intellektuelle nicht im *Monat* geschrieben hat (Kap. I.5).

Der Exkurs im dritten Teil beschäftigt sich mit der frühen Totalitarismuskussion in Frankreich. Dies erfolgt anhand der sogenannten Krawtschenko- und Rousset-Prozesse im Nachkriegsfrankreich, mit denen sich neben dem »Kongreß für kulturelle

Freiheit« besonders der *Monat* intensiv auseinandergesetzt hatte. In den beiden ineinander verschachtelten Prozessen ging es im Kern um die Frage nach der Existenz des sowjetischen Lagersystems und sie besaßen primär für die französische Linke und die sie repräsentierenden Intellektuellen wichtige politische Implikationen.

Im vierten Teil der Untersuchung steht das konkrete Material des *Monat* in den Jahren 1948 bis 1960 im Mittelpunkt. Er bildet das eigentliche Kernstück dieser Arbeit. Auf der Grundlage jeder einzelnen Ausgabe der monatlich erschienenen Zeitschrift sollen die oben formulierten zentralen Fragestellungen im Hinblick auf die (vergleichende) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus beantwortet werden, wobei sich hier der Untersuchungszeitraum auf die Jahre bezieht, in denen Lasky als Herausgeber und Chefredakteur verantwortlich zeichnete. In dem in drei Kapitel aufgegliederten empirischen Teil wird folgendermaßen vorgegangen. Die einzelnen Kapitel folgen jeweils spezifischen Fragestellungen, was sich vor allem durch den damaligen unterschiedlichen Erkenntnis- und Forschungsstand im Hinblick auf die Geschichte des »braunen« und des »roten« Totalitarismus begründet und worauf in den entsprechenden Vorbemerkungen eingegangen wird. Hier werden außerdem sowohl die unterschiedliche Vorgehensweise bei der qualitativen und quantitativen Analyse des Nationalsozialismus (Kap. IV.1) und des Sowjetkommunismus (Kap. IV.2) sowie bei der vergleichenden Analyse der beiden totalitären Herrschaftssysteme (Kap. IV.3) im *Monat* als auch ihre jeweils unterschiedlichen Darstellungsformen erläutert, was sich insbesondere durch die noch auszubreitenden konkreten Ergebnisse der systematischen empirischen Auswertung der einzelnen Hefte selbst erklärt und sich angesichts des unterschiedlichen Erkenntnis- und Forschungsstandes auch in einem veränderten Gliederungsaufbau der beiden Kapitel zur Analyse des Nationalsozialismus bzw. des Sowjetkommunismus niederschlägt. Eine wichtige Gemeinsamkeit der drei Kapitel liegt indes darin, dass am Ende jeweils ein analytisches Resümee gezogen wird. Mit diesem wird das Ziel verfolgt, vor dem Hintergrund der formulierten Fragestellungen vermittelt der jeweils gewonnenen sehr detaillierten Informationen und Erkenntnisse zu einer Gesamteinschätzung der einzelnen drei Kapitel zu kommen, wobei dann im Schlussteil der vorliegenden Untersuchung eine Synthese dieser Teilergebnisse vollzogen wird. Als Grundlage dient hierbei ausschließlich der zum Zeitpunkt des Erscheinens der Zeitschrift *Der Monat* vorhandene Erkenntnis- und Forschungsstand zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus sowie der zeitgenössischen Totalitarismustheorien. Hiermit soll vermieden werden, dass es bei der Einordnung und Einschätzung der hier herangezogenen Beiträge im Allgemeinen und des *Monat* im Besonderen zu einer nachträglichen Beurteilung kommt, die dem damals zur Verfügung stehenden Wissen der Autoren und der Zeitschriftenredaktion nicht gerecht wird. Insofern wird hier nicht mit dem heutigen Wissen über die totalitären Diktaturen aus Deutschland und der bis 1991 existierenden Sowjetunion operiert, sondern mit den damals vorhandenen Erkenntnissen. Wenn man so will wird hier der wissenschaftliche Anspruch der historischen Methode auf »Verstehen« als erkenntnisleitende Maxime genommen: Mit der verstehenden textnahen (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus soll eine überhebliche Expostbesserwisserei vermieden werden. Auch aus diesem Grund erfolgt in diesem vierten Teil häufig eine vielleicht ungewöhnlich umfangreiche Textwiedergabe, die sich aber auch dadurch begründen lässt, dass es sich in der Regel

um Veröffentlichungen handelt, die bis heute gemeinhin kaum bekannt sind. Insofern kann sich jede Leserin und jeder Leser ein eigenes Urteil bilden.

Danach soll im fünften Teil in zwei Exkursen gezeigt werden, wie sich der *Monat* in den 1960er-Jahren einerseits mit der Geschichte des ›Dritten Reiches‹ auseinandergesetzt hat und inwiefern das hierbei gezeichnete Bild des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes mit den durch die »neue« empirische NS-Forschung in Westdeutschland gewonnenen Erkenntnissen kontrastierte, sowie andererseits, wie die Infragestellung der Totalitarismustheorie in der Wissenschaft im Gegensatz zur Totalitarismuskonzeption des *Monat* stand. Hierbei können mit Blick auf die in der vorliegenden Untersuchung interessierende Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus im *Monat* zwischen den 1950er- unter Lasky und den neuen Herausgebern in den 1960er-Jahren bis 1971 aufschlussreiche Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden.

Mit dem ausführlichen Schlussteil (Teil VI) wird in erster Linie beabsichtigt, auf der Grundlage einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung eine systematische historisch-politische Kontextualisierung und abschließende Bewertung der Zeitschrift *Der Monat* vorzunehmen. Dies erfolgt nicht zuletzt mit Blick auf die politischen Überlegungen, Interessen und Herausforderungen der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg und der amerikanischen Deutschlandpolitik während und selbstverständlich besonders nach dem Zweiten Weltkrieg. Einen breiten Raum nimmt die bereits angesprochene Synthese der einzelnen Untersuchungsergebnisse der (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus aus dem vierten Teil ein. Erst durch diese Synthese ist ein abschließendes Urteil darüber möglich, wie die Zeitschrift *Der Monat* den Totalitarismus bzw. das Totalitarismusphänomen interpretierte, in die Geschichte der Moderne und speziell des 20. Jahrhunderts einordnete und auf welche zeitgenössischen Forschungsparadigmen man primär zurückgriff, um das Auftauchen der politischen Massenbewegungen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland und der Sowjetunion (sowie in Italien) zu erklären. Auch aus diesem Grund folgt dann eine Zusammenfassung der zentralen Untersuchungsergebnisse der (vergleichenden) Analyse des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus. Im Anschluss daran wird *Der Monat* in zwei ausführlichen Abschnitten in den für die Geschichte des westdeutschen Teilstaates überaus bedeutenden Kontext der von Anfang an umkämpften, widersprüchlichen und hochkomplexen politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit der unmittelbar zurückliegenden deutschen Vergangenheit gestellt. Ausgehend von der nach dem Kriegsende alsbald einsetzenden Debatte über die »Schuldfrage« der deutschen Bevölkerung, soll gezeigt werden, wie sich die Zeitschrift einerseits in die Vergangenheitsbewältigung in der frühen Bundesrepublik Deutschland einfügte und welche Themen und Aspekte der politisch-justiziellen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur sowie seiner Gewaltverbrechen aufgegriffen und welche andererseits systematisch ausgeblendet wurden.

Sodann wird anhand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse der von der Zeitschriftenredaktion formulierte antitotalitäre Anspruch geprüft und die Natur des propagierten Antitotalitarismus bestimmt. Dieser wird anschließend mit dem in der frühen Bundesrepublik von der Regierung und fast aller im Bundestag vertretenen Parteien immer wieder beschworenen antitotalitären Konsens in Beziehung gesetzt. Ausgehend von den bis dahin vorliegenden Untersuchungsergebnissen, kann dann bestimmt werden, was das eigentliche Schlüsselthema des *Monat* war: Es war die Ausei-

nersetzung mit dem Phänomen der Verführbarkeit von Intellektuellen durch den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus und ihrer totalitären Ideologien, das in jenen politisch aufgeladenen Jahren tatsächlich eine nicht zu unterschätzende Bedeutung besaß – zumal für zahlreiche Autoren der Zeitschrift aufgrund ihrer individuellen politischen Vergangenheit. Außerdem dienen sie dazu, Gemeinsamkeiten zwischen Willi Münzenbergs legendärem Zeitschriftenprojekt *Die Zukunft* und dem *Monat* angesichts der Finanzierung durch staatliche Regierungsstellen hervorzuheben und eine abschließende Bewertung der besonderen Funktion und Rolle der ehemaligen Kommunisten im *Monat* in den Jahren des Kalten Krieges vorzunehmen. Zudem soll angesichts der von der CIA in den »Kongreß für kulturelle Freiheit« eingespeisten Finanzmittel und dem mit Blick auf sämtliche Hintergründe informierten einzelnen Mitglieder anscheinend existierenden »gestaffelten Netzwerk« (Hochgeschwender) auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse eine entsprechende Kategorisierung der Autorinnen und Autoren des *Monat* vorgenommen werden. Es folgt in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Grundthese dieser Untersuchung eine abschließende Einschätzung über eine tendenziöse Zeitschriftenpolitik der Redaktion, die dem engagierten und ambitionierten doppelten Programm des *Monat* Rechnung trug: durch das Konzept der *reorientation* die intellektuelle Entwicklung Westdeutschlands entscheidend zu beeinflussen sowie seine ideell-kulturelle Integration bzw. »Ankunft« in den Westen mitzugestalten und gleichzeitig einen anspruchsvollen, konsequenten und scharfen Antikommunismus zu verfolgen.

Ebendies zeigte sich auch in einem anderen Bereich. Im letzten Abschnitt soll kurz darauf eingegangen werden, dass der *Monat* für die Vereinigten Staaten mit Blick auf die junge Bundesrepublik in den Jahren des Kalten Krieges und der drohenden Gefahr des Totalitarismus auch ein Instrument gegenüber England und Frankreich war. Zudem wird gezeigt, wie sich auf der Basis der Totalitarismusinterpretation des *Monat* das sich erst auf den zweiten Blick erschließende eigentliche intellektuelle und politische Selbstverständnis der Zeitschriftenredaktion und eines bestimmten Teils der Autoren bestimmt werden kann, dessen Spuren sich in dem Denken und Weltbild jener neuen konservativen politischen Strömung, den »Neokons«, wiederfinden lässt, das vornehmlich in den Vereinigten Staaten vertreten ist und zuletzt die US-amerikanische Regierungspolitik unter den Präsidenten George W. Bush sen. und im Anschluss daran von seinem Sohn maßgeblich beeinflusste. Und nicht zufällig war der »Godfather« der »Neocons«, Irving Kristol, nicht nur Autor des *Monat*, sondern spielte, wie auch sein Freund und langjähriger politischer Kampfgefährte Melvin J. Lasky, eine überragende Rolle beim »Kongreß für kulturelle Freiheit«.

Forschungsstand

Während die Geschichte des »Kongresses für kulturelle Freiheit« durch diverse Untersuchungen gründlich erforscht ist,⁸ stellt sich die Situation beim *Monat* anders dar. Auch wenn sich die quellen gesättigten Studien zum »Kongreß« selbstverständlich

8 Vgl. bes. Peter Coleman, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe*, New York/London 1989; Pierre Grémion, *Intelligence de l'Anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950–1975*, Paris 1995; Hochgeschwender, *Freiheit*

mit den von der Pariser Zentrale herausgegebenen oder mit ihm organisatorisch eng verbundenen diversen Periodika auseinandersetzen und hierbei im Vergleich zu den anderen Kongresszeitschriften besonders auf den *Monat* eingehen, ist die Forschungslage zum *Monat* überschaubar. Während es bis zum heutigen Tage keine Gesamtdarstellung gibt, sind die wenigen Studien, die sich mit dem *Monat* auseinandersetzen und einem wissenschaftlichen Anspruch genügen, auch in Hinblick auf wesentliche Gesichtspunkte zumeist unbefriedigend. Sie bleiben vor allem eine kritische Beantwortung auf einige der sich angesichts der CIA-Hintergründe des »Kongresses« und des *Monat* sowie seiner zentralen Führungsfiguren aufdrängenden Fragen in der Regel schuldig, wenn sie denn überhaupt gestellt werden, weichen ihnen entweder aus oder nehmen eine affirmative Haltung ein, die sich aus ideologischen Quellen speist.

Während die beiden unveröffentlichten Arbeiten von Carl Wolfgang Müller und Margit Ketterle über den *Monat* hier aus organisatorischen Gründen nicht als Primärquelle berücksichtigt werden konnten,⁹ gehen zwei themenverwandte Studien ebenfalls auf das Zeitschriftenorgan ein und rücken es in das anspruchsvolle und komplexe Reeducation-Programm der US-amerikanischen Militärregierung. Hierbei heben sie zu Recht hervor, dass die ursprüngliche Absicht der US-amerikanischen Deutschlandpolitik, die ehemaligen Nationalsozialisten und Mitläufer des NS-Regimes auch mithilfe einer Medien- und Kulturpolitik zu liberalen Demokraten umzuerziehen, im Zuge des heraufziehenden Kalten Krieges von der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion überlagert und mehr und mehr vom Primat des Antikommunismus bestimmt wurde. So schreibt Hansjörg Gehring in seiner besonders zum Aufbau und zur Funktionsweise des literaturpolitischen Apparates der US-Militärregierung sowie seinen sich im Laufe der Jahre immer wieder verändernden und alles andere als konfliktfreien institutionellen Zuständigkeiten sehr informativen Untersuchung *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms*, dass die Entstehung des *Monat* selbst »ein Resultat des Kalten Krieges« war, was natürlich »nach außen« nicht eingestanden wurde. So wurde in diesem Zusammenhang die Literatur »als politische Waffe eingesetzt«. Gehring weist hierbei darauf hin, dass bereits in einem Telegramm vom 1. November 1947 das State Departement seinem politischen Berater beim Office of Military Government for Germany, US (OMGUS) empfohlen hatte, »verstärkte Propaganda gegen den Osten zu betreiben«. Dies sollte speziell für die Informationsmedien gelten, zu der es selbst hieß, dass sie »jetzt im Zuge der

in der Offensive?; Saunders, Wer die Zeche zahlt ...; Giles Scott-Smith, The Politics of Apolitical Culture Freedom, the CIA and Post-War American Hegemony, London/New York 2002; Ulrike Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, Frankfurt a. M. 2000, S. 52–119.

9 Carl Wolfgang Müller, Der Monat. Eine internationale Zeitschrift für Politik und geistiges Leben (unveröffentl. Manuskript), Diss. Freie Universität Berlin 1951; Margit Ketterle, Literatur und Politik im Nachkriegsdeutschland der Zeitschrift »Der Monat« 1948–1955. Magisterarbeit, München 1984. Hochgeschwender (Freiheit in der Offensive?) bezieht sich in seinen Ausführungen zum Monat häufig auf die »ausgezeichnete Arbeit« von Margit Ketterle. Da sich meine Untersuchung bei inhaltlichen, organisatorischen, institutionellen und personellen Aspekten zum Monat vor allem auf Hochgeschwender stützt, kommen beide Untersuchungen, besonders aber die von Ketterle, hier auf indirektem Weg zum Zug und werden, wenn man so will, als »Sekundärquellen« verwendet.

neuen Kampagne gewichtige Änderungen erfahren müsse«¹⁰. Birgit Bödecker wiederum legt in ihrer Dissertation *Amerikanische Zeitschriften in deutscher Sprache 1945–1952. Ein Beitrag zur Literatur und Publizistik im Nachkriegsdeutschland*¹¹ den Schwerpunkt auf die deutsche Rezeption US-amerikanischer Schriftsteller. Die in vergleichender Perspektive geschriebene Studie über die von den US-amerikanischen Besatzungsbehörden in deutscher Sprache herausgegebenen vier politisch-kulturellen Zeitschriften (*Amerikanische Rundschau*, *Heute*, *Neue Auslese aus dem Schrifttum der Gegenwart* und *Der Monat*) enthält dabei einige wichtige Informationen zum *Monat* – wie zum Beispiel zur inhaltlichen Grundausrichtung, zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen und stalinistischen Totalitarismus, wobei hier der Schwerpunkt, wie Bödecker zeigt, auf dem Sowjetkommunismus lag. Da sich aber die qualitative und quantitative Auswertung ausschließlich auf die ersten drei Jahrgänge bezieht, besitzt sie für die vorstehende Untersuchung nur einen geringen Erkenntniswert.

Das gilt für Jost Hermands wichtige Untersuchung *Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965* nicht. Auch wenn die Ausführungen zum *Monat* insgesamt nur einen geringen Raum einnehmen, sind sie für die kultur- und ideengeschichtliche sowie politische Einordnung des Zeitschriftenorgans in die ersten Jahre der alliierten Besatzungsherrschaft und der sich allmählich formierenden Bundesrepublik sehr informativ. Vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Totalitarismusinterpretation, die nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches«, wie noch zu sehen sein wird, einem zentralen Wandel unterlag, hebt Hermand ausdrücklich hervor, dass *Der Monat* zum »wichtigsten Organ« jener »Hauptideologie der drei Westzonen« avancierte. Diese fand nicht mehr im Antifaschismus ihren eigentlichen Bezugspunkt, sondern im Antikommunismus, der sich für ihn wiederum mit dem auf einem manichäischen, häufig erkennbar christliche Züge aufweisenden, Weltbild beruhenden und älteste Affekte evozierenden Abendlandtopos vermischte.¹²

Zu einer gänzlich anderen Beurteilung des *Monat* kommen zwei aus einer jeweils unterschiedlichen Forschungsperspektive erschienene Untersuchungen. Während

10 Hansjörg Gehring, *Amerikanische Literaturpolitik in Deutschland 1945–1953. Ein Aspekt des Re-Education-Programms*, Stuttgart 1976, S. 74 f.

11 Birgit Bödecker, *Amerikanische Zeitschriften in deutscher Sprache 1945–1952. Ein Beitrag zur Literatur und Publizistik im Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt a. M. 1993, S. 157–189 u. 279–302.

12 Jost Hermand, *Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965*, Frankfurt a. M./Berlin 1989, S. 85–88 (Zitate S. 85 f.). Seine These beruht allerdings nur auf einigen wenigen Beiträgen im *Monat*, die außerdem ausschließlich im ersten Jahrgang erschienen und insofern nicht als empirisch belastbare Quellenbasis taugen, um hier zu einer Gesamteinschätzung der Zeitschrift kommen zu können. Zu einem differenzierteren Bild kommt Hermann Glaser (*Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bd. 1: *Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948*, München 1985, S. 194–196), der nicht nur darauf hinweist, dass *Der Monat* »abendländisches Bewußtsein tradiert und problematisiert« (S. 195) hat, sondern sich besonders in der Anfangsphase auf »urbane und kosmopolitische Weise« an einer »Tour d'horizon der Weltkultur« versuchte (S. 194) und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im Kalten Krieg stets auf »hohem Niveau« (S. 196) führte. Vgl. in diesem Sinne auch bereits Hans Schwab-Felisch, »Der Monat« – Ein Zeitdokument, in: *Merkur* 25 (1971), S. 405–409, sowie Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, Bonn 2009, S. 150 f., die hierbei auch den im Juni 1950 in Berlin erstmals tagenden »Kongreß für kulturelle Freiheit« mit einbeziehen und zu dem Urteil kommen, dass hier anstelle des Abendlandbegriffs der Begriff »freie Welt« trat, der indes »eine nicht minder radikale Kampfbereitschaft gegen den östlichen ›Totalitarismus‹ ausdrückte« (S. 151).

sich das »schmale Buch« (Rohrwasser) »Eine Zeitschrift gegen das Vergessen«. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift »Der Monat« von Marko Martin ausdrücklich mit dem Periodikum auseinandersetzt, geht Ulrike Ackermann in ihrer Dissertation *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute* in einem ausführlichen Abschnitt über den »Kongreß für kulturelle Freiheit« auch auf den *Monat* (sowie die Schwesterzeitschrift *Preuves*) ein. In seiner literaturwissenschaftlichen Untersuchung beabsichtigt Martin, den *Monat*, mit dem er sich bereits zuvor in zwei von ihm herausgegebenen Büchern auseinandersetzte,¹³ anhand der in dem Periodikum veröffentlichten Texte zu beschreiben und intellektuell zu verorten. Sein »Versuch einer analytischen Lektüre« lässt »Rückschlüsse auf das geistige Klima« zu. Hierzu stellt Martin zu Recht fest, dass der *Monat* nach dem Zweiten Weltkrieg und den katastrophalen Erfahrungen mit dem »Dritten Reich« in den Anfangsjahren nicht zuletzt durch die 1933 aus Deutschland geflüchteten oder vertriebenen Intellektuellen zu einem Medium der »Westernisierung« wurde, »die einen radikalen Bruch mit dem bisherigen deutschen Politik- und Kultur-Begriff darstellte«. Indes stellt bereits seine Behauptung, dass der *Monat* als »wohl einziger Zeitschrift« in Deutschland ebenjenen »Emigrantenschriftsteller[n]« ein Podium bot »im Widerstand gegen postnazistische Geschichtsklitterung und stalinistische Dogmen«, ein vereinfachendes und vor allem eindeutig falsches Urteil dar. Dies erklärt sich durch die Tatsache, dass der Autor sich mit seinem Untersuchungsgegenstand unkritisch auseinandersetzt und er »seiner« Zeitschrift gegenüber eine völlig affirmative Einstellung besitzt. Dies kommt auch in seinem ebenfalls noch in der Einleitung zu lesendem Urteil zum Ausdruck, wonach *Der Monat* nicht nur angesichts des oben angesprochen Gesichtspunktes während der »eher konservativ geprägten fünfziger Jahre in der Bundesrepublik eine Sonderstellung« einnimmt, die für ihn bis zum heutigen Tage »nicht gewürdigt« worden ist.¹⁴ Ein zentrales Problem der Studie liegt darin, dass Martin zu Beginn seiner Untersuchung die Weichen falsch gestellt hat. Er benutzt sein empirisches Material nur einseitig und insofern es seinem subjektiv motivierten Bild des *Monat* entgegenkommt, nimmt außerdem die Selbstauskünfte von einigen prominenten Herausgebern (Lasky, Harpprecht und Härtling) und Autoren (Hans Sahl) für »bare Münze« und die einzig denkbare Wahrheit. Zweifelsohne ist es richtig, dass vor dem Hintergrund der Bedeutung der Freiheit der Kunst als zentraler Baustein für ein »freiheitliches Gemeinwesen« die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus zu der »wohl wichtigsten, wenn auch nicht einzigen Intention der Zeitschrift« zählte. Wenn der Autor in diesem Zusammenhang allerdings zu dem Urteil kommt, dass mit Blick auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des »Dritten Reiches« für die Gruppe der Emigranten keine Diskussion vonnöten war, weil, so Sahl, wir »Hitler nicht erst aufarbeiten [mussten], wir waren ja schon vor 1933 gegen ihn gewesen«¹⁵ und dies auch

13 Vgl. Marko Martin, Orwell, Koestler und all die anderen. Melvin J. Lasky und »Der Monat«, Asendorf 1999 (bes. das Kap. »Kalter Krieg? Eine Lektüre-Reise durch die ersten zehn Jahre von »Der Monat«, S. 9–89) sowie ders., Ein Fenster zur Welt. Die Zeitschrift »Der Monat«. Beiträge aus vier Jahrzehnten, Weinheim 2000 (bes. die Einführung, S. XI–XX). Der Band ist vor allem interessant, weil er zahlreiche Beiträge enthält, die im Laufe der Jahrzehnte im *Monat* zu den unterschiedlichsten Themenkomplexen von zumeist prominenten Autoren veröffentlicht wurden.

14 Marko Martin, »Eine Zeitschrift gegen das Vergessen«. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*, Frankfurt a. M. 2003, S. 9 f.

15 Ebd., S. 27.

unmittelbar auf den *Monat* bezieht, wird hier ein sehr einseitiges Bild gezeichnet, das fast manichäische Züge trägt. Insofern passt es in dieses Bild, dass Martin sich zum Beispiel nicht mit der Frage beschäftigt, welche Themen und Aspekte bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und den deutschen Gewaltverbrechen im *Monat* nicht zur Sprache kamen oder sogar aus bestimmten Gründen von der Redaktion bewusst ausgeblendet wurden. Außerdem passt zu seiner unkritischen Auseinandersetzung mit dem *Monat* das der Studie beigezeichnete Vorwort von Michael Rohrwasser. So behauptet der Autor, der sich unter anderem mit seiner wichtigen Untersuchung *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Ex-Kommunisten* (1991) einen Namen machte, in Kenntnis des empirischen Materials, dass hier auch »über Totalitarismen und Totalitarismustheorien diskutiert und im Blick nach vorn Kritik an der Zensur im Osten geübt« wurde.¹⁶ Während Letzteres selbstverständlich den Tatsachen entsprach, gab es zwar, soviel sei an dieser Stelle bereits gesagt, eine Diskussion über die Totalitarismen deutscher und sowjetischer Couleur – wenn auch nicht im eigentlichen Sinne des Begriffs. Eine Diskussion über Totalitarismustheorien fand indes nicht statt.

In einem ähnlichen Fahrwasser schwimmt die Untersuchung der Frankfurter Politikwissenschaftlerin und Publizistin Ulrike Ackermann, auf die hier aus Raumgründen nicht in der gebotenen Ausführlichkeit eingegangen werden kann. Die zentrale These lässt sich indes kurz und bündig zusammenfassen: Während sich vor dem Hintergrund der Totalitarismusdebatten in Frankreich spätestens mit dem durch das Erscheinen von Solschenizyns *Achipel Gulag* ausgelösten Schock 1974 aufseiten der französischen Intellektuellen ein antitotalitärer Konsens etablierte, der den totalitären Charakter des Kommunismus illusionslos anerkannte, zerbrach für die Autorin hingegen in Westdeutschland im Zuge der Studentenunruhen Ende der 1960er-Jahre der seit den Anfangsjahren existierende Antitotalitarismus, der gleichermaßen die Gegnerschaft gegenüber Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus beinhaltete, und stattdessen trat ein regelrechter Paradigmenwechsel ein. Im Milieu der linksliberalen Intellektuellen kam es nämlich fast ohne Ausnahme zu einer Renaissance des Marxismus und zur Etablierung der »antifaschistischen Denkfigur«, der Kapitalismus und Nationalsozialismus respektive Faschismus in eins setzte und die Länder des »real existierenden Sozialismus« zur Projektionsfläche von ideologisch motivierten utopischen Wunschvorstellungen machte. Der daraus resultierende »Anti-Anti-Kommunismus« zeigte sich blind gegenüber den im Namen des Kommunismus begangenen staatlichen Massenverbrechen und dem Konzentrationslagersystem.

Auf die Geschichte des »Kongresses für kulturelle Freiheit« sowie auf den *Monat* und *Preuves* (von der hier indes nicht die Rede sein soll) geht Ackermann in einem Kernkapitel ihrer Arbeit ein. Die überragende Bedeutung die der im Juni 1950 in Westberlin gegründete, später in Paris arbeitende »Kongreß« und der *Monat* für die frühe Bundesrepublik besaßen, sieht die Autorin darin, dass sie einen erheblichen Anteil an der Etablierung des quasi gesamtgesellschaftlich akzeptierten antitotalitären Konsenses hatten. Dieser prägte nämlich »die Anfangsjahre« der Bundesrepublik und »kristallisierte sich geradezu paradigmatisch in der Eröffnungsveranstaltung« des »Berliner Kongresses« heraus.¹⁷ Auch wenn der Autorin in ihren Ausführungen zum Kongress für kulturelle Freiheit und

16 Ebd., S. 7.

17 Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen, S. 13 f.

zum *Monat* informative und lesenswerte Passagen gelingen, zeichnet sie insgesamt betrachtet ein eindimensionales und unzureichendes Bild ebendieser beiden Institutionen und geht von einigen falschen Grundannahmen aus. Hierbei kann ihr im Grunde genommen spiegelverkehrt der Vorwurf gemacht werden, den sie nicht zu Unrecht den auf dem linken Auge blinden linksliberalen Intellektuellen der »Nach-68er-Linken« macht: Ackermann ist wiederum auf dem rechten Auge blind. Abgesehen davon, dass sie sich für ihre gewagte These, wonach in der frühen Bundesrepublik ein antitotalitärer Konsens vorherrschte, in ganz abstrakte Sphären begeben muss, um sich nicht im realgeschichtlichen »Wald« der Bonner Republik zu verlaufen (worauf noch einzugehen sein wird), geht sie mit keinem Wort auf die ins Auge stechenden Farbenblindheiten der angeblich *per se* antitotalitären Intellektuellen des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und des *Monat* ein – insofern man allein das gesamte empirische Material des Doppelheftes (Nr. 22/23; Juli/August 1950) der Zeitschrift zur Grundlage nimmt, die eine verlässliche Dokumentation des gesamten Berliner »Kongresses für kulturelle Freiheit« darstellt¹⁸ –, die zwar den stalinistischen Terror in den Blick nahmen, aber angesichts der Vernichtungsdimensionen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und speziell zur alles andere als konfliktarmen »zweiten Geschichte« (Peter Reichel) des »Führerstaates«, wie zu zeigen sein wird, nicht restlos verstummen, indes größtenteils von einer auffallenden und erklärungsbedürftigen partiellen Blindheit geschlagen waren. Dies muss Ackermann in ihrer Studie ausklammern, damit ihre zentrale These nicht ins Wanken gerät.

Andererseits sind die Ausführungen Ackermanns in Bezug auf grundlegende Gesichtspunkte nicht nur unscharf, sondern eindeutig falsch. So zum Beispiel ihr Hinweis, dass die Zeitschrift *Der Monat* ihren Ausgang vom Berliner »Kongreß für kulturelle Freiheit« im Juni 1950 nahm (das Zeitschriftenorgan wurde bereits zwei Jahre zuvor auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade gegründet) und Hannah Arendt sowie George F. Kennan zu den Teilnehmern der legendären Veranstaltung zählten (S. 14). Dies ist aber das kleinere Problem, es zeugt gleichwohl von einem wenig souveränen Umgang mit ihrem Untersuchungsgegenstand. Ärgerlich wird es allerdings, wenn sie schreibt, dass die »Väter und Mütter der Totalitarismustheorie« am eigenen Leibe ihre Erfahrungen mit totalitären Herrschaftsregimen gemacht hatten, zeitweise waren sie »selbst der »totalitären Versuchung« (François Revel) erlegen«. Was sicherlich nicht auf die prominenten »Miterfinder« von klassischen totalitarismustheoretischen Studien wie Hannah Arendt, Carl J. Friedrich, Zbigniew Brzezinski, Norman Cohn oder Jacob L. Talmon zutrifft. Überhaupt ist es ein Grundzug von Ackermann, dass sie für ihre Auseinandersetzung mit dem »Kongreß« und dem *Monat* nur das Material heranzieht, was ihren Ansichten zupasskommt und ihre zentrale These stützt. Hierbei scheut sie sich auch nicht, mit der sehr fragwürdigen Methode der Zitatfälschung zu operieren – und zwar bei ihren Ausführungen über die CIA-Finanzierung des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und des *Monat*, der nachgewiesenermaßen ab 1954 über die Ford Foundation« auf indirektem Weg Gelder vom US-amerikanischen Geheimdienst erhielt. Nachdem sie bereits in einer Fußnote auf den angesichts der in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre aufgedeckten CIA-Finanzierung des »Kongresses« ausgelös-

18 Das Doppelheft enthält neben den zahlreichen Redebeiträgen der einzelnen Arbeitsgruppen die anschließenden Diskussionen, die Resolutionen und das internationale Presseecho sowie Einzelheiten zu den diversen Nebenveranstaltungen (vgl. Kap. I.5).

ten öffentlichen Skandal eingeht,¹⁹ setzt sie sich damit ausführlicher in dem Abschnitt über das »Ende des Kongresses« auseinander.²⁰ Ackermann zufolge geriet der jahrzehntelange Leiter der Pariser Zentrale des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und CIA-Mitarbeiter Michael Josselson, der bei der Autorin verharmlosend und fälschlicherweise als »CIA-Beauftragter« firmiert, in den Mittelpunkt der Kritik. Angesichts der offensichtlichen Enttäuschung, die zahlreiche Mitarbeiter des »Kongresses« und viele Intellektuelle empfanden, die sich mit ihm verbunden fühlten, übernimmt sie unwidersprochen die Ansichten von François Bondy und Melvin J. Lasky. Gegenüber der Autorin behaupteten beide Führungsfiguren des »Kongresses« und Herausgeber der beiden einflussreichen »Kongreß«-Zeitschriften, dass sie völlige Handlungsfreiheit besaßen und es zu keinem Zeitpunkt zu irgendwelchen Einmischungen in die redaktionelle Arbeit kam.²¹ Bondy, der außerdem von der gesamten CIA-Finanzierung des »Kongresses« nichts gewusst haben will,²² betonte ausdrücklich, dass »während ihrer jahrzehntelangen Arbeit im Kongreß keinerlei politisch-inhaltliche Einflussnahme der CIA oder der amerikanischen Regierung stattgefunden habe; die Redaktionen der Zeitschriften und der Kongreß hätten ihre Arbeit unabhängig und autonom gestaltet.«²³

Während Ackermann angesichts der CIA-Finanzierung des »Kongresses für kulturelle Freiheit« ganz die Haltung von Bondy und Lasky übernimmt und folglich davon ausgeht, dass auch die redaktionelle Arbeit des *Monat* frei und unabhängig von irgendwelchen Stellen gestaltet werden konnte, d. h., zu keinem Zeitpunkt auch nur der geringste Druck ausgeübt wurde oder es zu einem Versuch der Einflussnahme kam, insofern auch die Redaktion für die inhaltliche Ausrichtung des Zeitschriftenorgans allverantwortlich war – hier liegt sie ganz auf der Linie von Marko Martin²⁴ –, scheut sie sich, wiederum nicht durch Auslassungen in einem Zitat von Raymond Aron den Sinn der ursprünglichen Aussage zu entstellen. Wie noch im Schlussteil der vorliegenden Untersuchung gezeigt wird, lässt Ackermann genau jene Passagen des renommierten antitotalitären liberalkonservativen Intellektuellen unter den Tisch

19 Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen, S. 61, Anm. 49. Hier schreibt sie, dass sowohl den Mitarbeitern des *Monat* als auch den »Kongreß«-Gründern nicht bekannt war, dass in die »Subventionierung auch CIA-Gelder einfließen«. Aber Lasky und die Organisatoren des »Kongresses« betonten, dass aus der Richtung der CIA »keine inhaltlich-politische Einflußnahme erfolgte.« Erst einige Zeit nach dem öffentlichen Skandal 1967 wurde bekannt, so Ackermann, dass Michael Josselson der »CIA-Beauftragte« [sic!] war.

20 Ebd., S. 109–119.

21 Resümierend sagte Lasky dazu: »Wir wurden im Laufe der Jahrzehnte von verschiedensten Mäzenen unterstützt – exzentrischen Millionären, Pressezaren, Geheimdiensten, kleinen alten Damen in Tennisschuhen. Aber niemand hat sich in unsere redaktionelle Arbeit eingemischt.« (Ebd., S. 110)

22 So sagte Bondy im Gespräch mit der Autorin: »Es hat mich mächtig irritiert. Wir gingen davon aus, das Geld käme von den amerikanischen Gewerkschaften, mittels ihres Sekretärs Irving Brown, der auch zu den Teilnehmern gehörte. Wir sind reingelegt worden, weil wir davon ausgingen, völlig unabhängig zu sein« (zit. n. ebd., S. 110).

23 Ebd., S. 110.

24 Vgl. Martin, »Eine Zeitschrift gegen das Vergessen«, S. 10 f., der außerdem mit Blick auf die späten 1960er-Jahre zu der Auffassung kommt, dass angesichts der »Monat-Kritik gegenüber dem Vietnamkrieg und der dezidiert linksliberalen Haltung der Zeitschrift weder von einer offensiven noch subtilen Geheimdienststeuerung die Rede sein« kann (ebd., S. 10).

fallen, in denen sich der einflussreiche Mitarbeiter des »Kongresses« und seiner Zeitschriften angesichts der CIA-Finanzierung des »Kongresses« in seiner 1985 erschienenen Autobiografie selbstkritisch mit seiner Rolle in der Intellektuellenorganisation auseinandersetzt.²⁵ Vor dem Hintergrund des Gesagten liegt die Absicht Ackermanns auf der Hand: Der »schöne Schein« des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und seiner Zeitschriften sowie speziell des *Monat* soll gewahrt bleiben.

Im Rahmen seiner Dissertation zum »Kongress für kulturelle Freiheit« geht der Tübinger Historiker Michael Hochgeschwender auch ausführlich auf die Geschichte des *Monat* ein.²⁶ Seine glänzende und quellengesättigte Studie überragt die bisher genannten Arbeiten, weil er nicht nur eine umfangreiche Forschungsliteratur einbezieht und die in den Vereinigten Staaten befindlichen Archive des »Kongresses« und des *Monat* sowie die Nachlässe wichtiger Mitarbeiter auswertet, sondern besonders aufgrund des differenzierten Urteils und der ideengeschichtlichen und politisch-historischen Einbettung der beiden Institutionen in die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft. Da im Verlauf der vorliegenden Untersuchung noch ausführlich auf die Arbeit von Hochgeschwender eingegangen wird, sei an dieser Stelle nur soviel gesagt: Er legt überzeugend dar, dass der »Kongress für kulturelle Freiheit« und besonders *Der Monat* den Anspruch verfolgten, im Interesse der Vereinigten Staaten in den Jahren des Kalten Krieges unter antitotalitären Vorzeichen zur »Verwestlichung« Westdeutschlands beizutragen und dabei gleichermaßen die in Gang gesetzten Bemühungen zur »Re-Education« und nicht zuletzt zur »Vergangenheitsbewältigung« fortzusetzen sowie die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und auch mit dem aufkommenden Neutralismus zu führen. Im Unterschied vor allem zu Martin und Ackermann nähert sich Hochgeschwender hierbei seinem Untersuchungsgegenstand, dem er durchaus mit Sympathie gegenübertritt, aus einer kritischen Forschungsperspektive. Weil bei ihm insofern nicht bereits im Vorhinein das Untersuchungsergebnis feststeht und sowohl die welt- und deutschlandpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten als auch die erklärungsbedürftigen CIA-Hintergründe nicht ausgeklammert werden, ist er imstande, zu einer ausgewogenen, gleichwohl noch zurückhaltenden Beurteilung des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und des *Monat* zu gelangen. Das primäre Ziel seiner Arbeit sieht der Autor in einer Analyse der organisatorischen und weltanschaulichen Tätigkeiten des Kongresses in Deutschland und geht dabei von einem strukturbedingten Doppelansatz aus. Für Hochgeschwender gilt es, beim Studium jeweils im Blick zu haben, dass die von den »nationalen Sektionen vor Ort durchgeführten Aktivitäten sich stets abgestimmt mit der Zentrale in Paris vollzogen«²⁷. In der detaillierten Auseinandersetzung mit dem *Monat* wiederum zeigt er nicht zuletzt, erstens, wie überaus komplex dessen Entstehung war, zweitens, wie neben der inhaltlichen Grundausrichtung auch der sich im Laufe der Zeit immer wieder verändernde rechtliche und finanzielle Status des Zeitschriftenorgans mit beachtet werden muss, drittens, wie sich die alles andere als einfach zu analysierenden Querverbindungen zu den

25 Das nicht vollständige Aronzitat befindet sich bei Ackermann, Sündenfall der Intellektuellen, auf S. 110 f. Vgl. auch Jürgen Ritte, Ein Sündenfall. Ulrike Ackermanns Studie über die Intellektuellen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. März 2001, S. 35, er macht hier der Autorin den Vorwurf, ein Zitat Manns gefälscht zu haben.

26 Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, vgl. zum *Monat* bes. S. 139–203 und 548–558.

27 Ebd., S. 19.

US-amerikanischen Besatzungsbehörden in Westdeutschland gestalteten. Vor diesem Hintergrund zeigt er dann, viertens, welche Funktion dem *Monat* als »Ideologieträger und -vermittler« in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren des Kalten Krieges zukam.²⁸ Indes beabsichtigt der Tübinger Historiker mit seiner Arbeit nicht, eine umfassende Inhaltsanalyse des *Monat* anzustreben.²⁹ An diesem Punkt knüpft die vorliegende Untersuchung an und füllt insofern eine Forschungslücke aus. Sie hat den Anspruch, auf der Basis des empirischen Materials des *Monat* eine substanzielle Inhaltsanalyse zu erstellen, in deren Mittelpunkt die vergleichende Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus steht.

Außerdem ist die naheliegende Frage einer Steuerung des *Monat* durch den US-amerikanischen Geheimdienst ein weiteres Forschungsdesiderat. Während Hochgeschwender hinsichtlich des »Kongresses für kulturelle Freiheit« abschließend zu einem überzeugenden Urteil kommt, muss er angesichts seiner konzeptionellen Ausrichtung einer Beantwortung für den *Monat* schuldig bleiben. Für ihn folgte aus dem Umstand, dass der »Chef« des »Kongresses«, also Michael Josselson, ein CIA-Mitarbeiter war, seine zentrale Bedeutung für diese Organisation, die sich außerdem auch auf die konzeptionelle Arbeit des Kulturkongresses niederschlug. Gleichwohl sollte aber Hochgeschwender zufolge seine Art, den »Kongreß« »indirekt – oder bei Bedarf auch direkt – zu lenken«, nicht als Beweis dafür genommen werden, dass die CIA auch dessen Inhalte durchgehend bestimmte. »Im Gegenteil, Josselsons Wirken war so nur möglich, weil es im engeren Kreis« des »Kongresses« einen im Vorfeld feststehenden »weltanschaulichen Konsens« gab. »Dieser wiederum«, so Hochgeschwender, »war mit den Zielen der CIA weitgehend identisch und erforderte deswegen keine direkte Lenkung. Die intellektuelle Redlichkeit der Beteiligten wurde also auf der inhaltlichen Ebene nicht berührt.«³⁰

Im Gegensatz hierzu vertritt die britische Historikerin und Literaturwissenschaftlerin Frances Stonor Saunders in ihrem Buch *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg* die gewagte, indes durch die Quellen nicht zu belegende These, dass vor dem institutionellen und finanziellen CIA-Hintergrund des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und der engen Verbindung einiger Mitarbeiter zum US-Geheimdienst im Grunde genommen der gesamte »Kongreß« einschließlich seiner von der Pariser Zentrale herausgegebenen oder mit ihm eng verbundenen Zeitschriften einer Beeinflussung oder gar Steuerung unterlag, wobei die CIA die Intellektuellen »wie Schachfiguren in einem groß angelegten Turnier nach Belieben hin und her schob«.³¹

Während die Geschichte der CIA nicht zuletzt mit Blick auf die Genese der »covert-action«, ihre für Außenstehende nicht zu durchschauenden und problematischen

28 Ebd., S. 44.

29 Ebd., S. 52.

30 Ebd., S. 591.

31 Saunders, *Wer die Zeche zahlt ...*, S. 15. Aufgrund dieser völlig überzogenen Sichtweise war es seinen Gegnern ein Leichtes, an der gesamten Studie eine radikale Kritik zu üben. So schreibt Ackermann (Sündenfall der Intellektuellen, S. 114, Anm. 72), dass Saunders im »Stile einer Verschwörungstheorie« den »Kongreß« einzig als »ideologisches Instrument amerikanischer Außenpolitik« sieht. Vgl. auch in diesem Sinne Martin, »Eine Zeitschrift gegen das Vergessen«, S. 95 f., sowie die Rezension zu dem Saunders-Buch Klaus Harpprecht, *Wir wollten Weltluft. Unzeitgemäße Anmerkungen über den CIA, den Monat und den »Kongreß für die Freiheit der Kultur«*, in: *Die Zeit* vom 21. Juni 2000, S. 42.

Finanzierungsmethoden (durch die Gründung von Scheinfirmen, Geld waschenden Stiftungen und das Einschalten von völlig unverdächtigen »dummy foundations« wurde der eigentliche Geldgeber verschleiert) und deren herausragender Bedeutung in der vielschichtigen Auseinandersetzung mit dem (sowjetischen) Kommunismus zuletzt durch die brillante quellengesättigte Studie des amerikanischen Journalisten und Kenner des US-Geheimdienstes, Tim Weiner, auf den neuesten Forschungsstand gebracht wurde – neben der einschlägigen Literatur konnte der Autor unter anderem neben zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen hochrangigen US-Geheimdienstmitarbeitern und Politikern auch über 50 000 bisher als geheim geltende, in den Archiven der CIA, des Weißen Hauses und des State Department liegende Dokumente einbeziehen –,³² beleuchtet der Berliner Historiker Bernd Stöver in diesem Zusammenhang in seiner voluminösen Untersuchung *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991* einen wichtigen Akzent. Er zeigt nicht nur detailliert auf, welche zentralen Regierungsinstitutionen und -stellen der Vereinigten Staaten bei dem offensiv verstandenen außenpolitischen Konzept der »Befreiungspolitik« im weltweiten Kampf gegen den sowjetisch dominierten Kommunismus federführend waren und wie es »zur Entstehung der Idee, ihren ideologischen Grundlagen, der institutionellen und organisatorischen Verankerung, der Diskussion um die Entwicklung der Strategien und entsprechenden Planungen für die Praxis« kam,³³ sondern auch, welche bestehenden staatlichen Institutionen bei der praktischen Durchführung aktiv waren, welche neu gegründet und wie sukzessive halboffizielle und private Organisationen eingebunden wurden und in welcher Form die Kooperation mit ausländischen Organisationen, darunter zahlreiche militante antikommunistische und rechtsradikale Gruppierungen, stattfand. Im Fokus steht hierbei die zwischen dem State Departement und der CIA eingeordnete Abteilung für Geheimoperationen hinter dem Eisernen Vorhang, die 1948 ins Leben gerufen wurde, den Namen Office of Policy Coordination (Abteilung für Politische Koordination; OPC) trug und für die Durchführung von verdeckten Operationen in Friedenszeiten verantwortlich zeichnete. Ihr erster Leiter wurde der ehemalige OSS-Mitarbeiter und stellvertretende Leiter der Außenamtsabteilung für die besetzenden Gebiete, Frank G. Wisner.

Einen informativen Beitrag zu den von Wisner in Gang gekommenen CIA-Geheimoperationen zur Beeinflussung der Massenmedien liefert der ehemalige US-Geheimdienstler Philip Agee.³⁴ Er skizziert, wie unter Wisners Leitung im Jahre 1948 eine weltweit ausgerichtete Medienoperation zur Beeinflussung der politischen Meinungsbildung begann. Dabei hebt Agee nicht nur auf die herausragende Bedeutung des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und des *Monat* (sowie weiterer »Kongreß«-Zeitschriften) als Sprachrohr für den »Krieg der Ideen« in Westeuropa ab, mit denen

32 Tim Weiner, CIA. Die ganze Geschichte, Frankfurt a. M. 2008. Zur Übersicht über verdeckte Aktionen der CIA in Amerikas geheimer Außenpolitik vgl. stellvertretend für viele den lesenswerten Beitrag von Lock K. Johnson, Verdeckte Aktionen und die CIA: Amerikas geheime Außenpolitik, in: Wolfgang Krieger (Hg.), Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart, München 2003, S. 260–274.

33 Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*, Köln 2002, S. 22.

34 Philip Agee, Central Intelligence Agency: Massenmedien als Transportmittel für US-Interessen, in: Ekkehardt Jürgens/Eckart Spoo (Hg.), *Unheimlich zu Diensten. Medienmißbrauch durch Geheimdienste*, Göttingen 1986, S. 21–35.

die CIA bezweckte, einen breiten antikommunistischen Konsens unter den Intellektuellen herzustellen. Er beschreibt außerdem, wie die CIA weltweit und besonders in Westdeutschland, wo die beiden von »Wisers Abteilung« gegründeten und finanzierten Rundfunksender Radio Liberty und Radio Free Europe frühzeitig in der Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus die westlichen Freiheitswerte im Sinne der Vereinigten Staaten propagierten, mit zahlreichen Medienunternehmen in der einen oder anderen Weise zusammenarbeitete.³⁵ »Über 50 Zeitungen, Nachrichtendienste, Zeitschriften, Rundfunksender und andere Arten von Massenkommunikationsmittel«, so Agee, »waren im Besitz der CIA oder wurden zu irgendeinem Zeitpunkt von der CIA finanziell unterstützt.« Laut eines CIA-Mitarbeiters gab es zu jedem Zeitpunkt mindestens eine »CIA-Zeitung« in jeder Hauptstadt, und mehr als 400 US-amerikanische Journalisten hätten im Auftrag des US-Geheimdienstes gearbeitet.³⁶

An diesem Punkt knüpft der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom mit seinem Kapitel über den CIA-Hintergrund des »Kongresses für kulturelle Freiheit« und des *Monat* in seinem Buch über das bis dahin kaum erforschte Beziehungsgeflecht zwischen Geheimdienst, Politik und Medien an.³⁷ Während die Ausführungen zum »Kongreß« und insbesondere zum *Monat* keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse vermitteln, ist der Beitrag neben näheren Hinweisen zur Finanzierung durch den US-Geheimdienst insgesamt jedoch für die vorliegende Untersuchung aus einem anderen Grund von elementarer Bedeutung. Eenboom hebt nämlich einerseits darauf ab, dass die inhaltliche Ausrichtung des *Monat*³⁸ im Sinne des Geldgebers war, weil sie mit den Zielen der US-amerikanischen Außenpolitik koinzidierte und folglich CIA-Einflusspolitik war,³⁹ andererseits, was das »Erfolgsrezept der PR-Arbeit« der CIA-Zentrale ausmachte: Es bestand nämlich gerade darin, dass die Autorinnen und Autoren in ihrer »geistigen Arbeit völlige Freiheit« besaßen, in ihrer »Summe eine große Bandbreite unterschiedlicher Meinungen« repräsentierten, sich indes der »Absicht der Hintermänner« nur in ganz wenigen Fällen bewusst waren. »Nur durch die Zwanglosigkeit der Bindungen, durch die getarnte Schaffung eines unverbindlichen Forums und durch leise Anstöße zur Bildung von Zirkeln und Diskussionsforen konnte sich das Potenzial der antikommunistischen Linken für die CIA mobilisieren lassen.« Denn, so Eenboom: »Viele herausragende Individualisten hätten sich nicht in den Dienst der antikommunistischen Sache gestellt, wenn ihnen Direktiven erteilt worden wären oder wenn sie die lenkende Hand eines Geheimdienstes im Hintergrund gewusst hätten.«⁴⁰

35 Seiner Ansicht nach waren es Ende der 1960er-Jahre mehr als 800 Medienunternehmen (ebd., S. 23).

36 Ebd., S. 32.

37 Erich Schmidt-Eenboom, *Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache UNDERCOVER*, Berlin 2004, S. 351–373. Der Band stellt eine aktualisierte überarbeitete Fassung seines zuerst im Jahre 1998 erschienenen Buches *UNDERCOVER. Der BND und die deutschen Journalisten* dar, über dessen Bedeutung der Autor rückblickend schreibt, dass bis zu dem damaligen Zeitpunkt im Hinblick auf die »Methoden und Operationen des Bundesnachrichtendienstes auf dem Feld des Informationsmanagements« keine Darstellung vorlag (S. 13).

38 Der Autor belässt es bei der Auswertung der Inhaltsverzeichnisse des Zeitschriftenorgans für die erste Phase (Oktober 1948 bis März 1951), die Jahre von Oktober 1957 bis September 1959 und Januar 1960 bis Dezember 1966 sowie den Jahrgang 1970.

39 Vgl. ebd., S. 355.

40 Ebd., S. 356.

Einen kritischen Blick auf die CIA-Verstrickung in den »Kongreß für kulturelle Freiheit« und auf die besondere Rolle von Lasky wirft auch Frank Tichy in seinem sehr informativen Aufsatz über das Ende des *Encounter*. Hierbei geht er auch näher auf den *Monat* ein und hebt zu Recht hervor, dass mit diesem Periodikum das Schema für sämtliche »Kongreß«-Zeitschriften vorgegeben wurde. Außerdem kommt Tichy unter anderem zu dem Schluss, dass ebendiese Zeitschriften zwar nicht von den Händen des CIA-Mannes Michael Josselson gelenkt wurden, indes von seinen Vorstellungen abhängig waren.⁴¹

Die wechselvolle Geschichte des Totalitarismusbegriffs

Um die im Oktober 1948 in Berlin erstmals erschienene internationale kulturpolitische Zeitschrift *Der Monat* im Hinblick auf die Totalitarismustheorie einordnen zu können, soll die keineswegs nur historische Diskussion um den Totalitarismusbegriff in der für den weiteren Verlauf dieser Untersuchung notwendigen Ausführlichkeit nachgezeichnet werden; zumal der Totalitarismusbegriff bzw. die verschiedenen Totalitarismusstudien und -konzeptionen auch für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des »Dritten Reiches« und des (zeitgenössischen) sowjetischen Kommunismus im *Monat* von elementarer Bedeutung war. Beabsichtigt ist ein größeres Verständnis dafür, in welcher Phase der Theoriegeschichte der Totalitarismustheorie die Zeitschrift publizierte, also welchen historischen Platz das Periodikum hierbei einnahm. Auffallend war, dass *Der Monat* wie selbstverständlich auf die Totalitarismustheorie bzw. auf die politischen und analytischen Kernaussagen dieses wissenschaftlichen Paradigmas zurückgriff. Neben dem soeben ausgebrochenen Kalten Krieg zwischen den beiden einzig verbliebenen Supermächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, waren es insbesondere die von zahlreichen Autoren dieser Zeitschrift gemachten zurückliegenden totalitären Erfahrungen, die sie mit wichtigen Exponenten der Totalitarismustheorie gemeinsam hatten – in vielen Fällen publizierten diese im *Monat*. Genannt seien an dieser Stelle beispielsweise Raymond Aron, Hannah Arendt, Franz Borkenau, Arthur Koestler oder George Orwell. Bis zum Jahr 1948 war der existenzielle Erfahrungshintergrund der einzelnen Theoretiker die entscheidende Motivation, sich mit dem Phänomen totalitärer Herrschaft auseinanderzusetzen.

Unbestritten erfolgte bereits in den 1970er-⁴² und 1980er-Jahren⁴³ eine politische und wissenschaftliche Diskussion über das Totalitarismusmodell, die zweifelsohne

41 Frank Tichy, Das Ende des Encounter, in: Medien & Zeit 6 (1991), H. 3, S. 41–47.

42 Siehe bes. Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes, Berlin (West) 1971; Martin Greiffenhagen/Reinhard Kühnl/Johann Baptist Müller, Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffes, München 1972; Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart u. a. 1976; Karl Dietrich Bracher, Der umstrittene Totalitarismus: Erfahrung und Aktualität, in: Ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 33–61; Manfred Funke, Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978.

43 Siehe bes. Institut für Zeitgeschichte (Hg.), Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980; Angelika Stoll, Die Totalitarismuskonzeption von C. J. Friedrich in Kritik und Gegenkritik, Diss. Bayreuth 1980; Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Er-

in dem durch den Zeitungsartikel *Vergangenheit, die nicht vergehen will* von Ernst Nolte ausgelösten »Historikerstreit« 1986 ihren Höhepunkt fand.⁴⁴ Darin formuliert der bis dahin weithin anerkannte Faschismusforscher⁴⁵ seine in Frageform gekleidete These: »Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ›asiatische‹ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potenzielle oder wirkliche Opfer einer ›asiatischen‹ Tat betrachteten? War nicht der ›Archipel GULag‹ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ›Klassenmord‹ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ›Rassenmords‹ der Nationalsozialisten?«⁴⁶ Den Beweis für seine These, dass ein »kausaler Nexus« zwischen den Diktaturen Stalins und Hitlers bestand, da das bolschewistische Regime zeitlich dem nationalsozialistischen Regime vorausging, mithin das Letztere genau genommen ausschließlich als Reaktion auf das früher sich entwickelnde Regime zu verstehen sei, versuchte er ein Jahr später mit seiner differenzierten, empirisch ausgerichteten historischen Untersuchung *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*⁴⁷ zu erbringen. Nolte unternimmt hier *expressis verbis* einen strukturtheoretischen Vergleich beider Herrschaftssysteme und rückt die politischen Massenverbrechen in den Fokus des Interesses. Die Kontrahenten Noltes – zu denen unter anderem der führende Linksintellektuelle und Sozialphilosoph Jürgen Habermas und der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler gehörten – kritisierten vor allem dessen unterstellte geschichtspolitische Intentionen, durch den Vergleich beider Systeme die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren. Sie bestanden auf der Einzigartigkeit von Auschwitz, das zum Symbol für die Vernichtungsdimensionen des nationalsozialistischen Herrschaftsregimes geworden sei. Die Nolte-Kritiker insistierten auf dem singulären Charakter des Holocaust, ohne direkt auf die im Historikerstreit implizierte Totalitarismusdimension einzugehen.⁴⁸ Gleichwohl hat auch der Historikerstreit den Boden bereitet für die breite Diskussion über die Totalitarismustheorie, die nach dem historischen Epochenwechsel von 1989/91 einsetzte.

Denn der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa 1989/91 führte zu einer bemerkenswerten Renaissance der To-

fahrung, Opladen 1985; Karl Dietrich Bracher, *Die totalitäre Erfahrung*, München 1987; Konrad Löw (Hg.), *Totalitarismus*, Berlin 1988.

44 Ernst Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will*. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Juni 1986. Abgedruckt auch in: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1995, S. 39–47.

45 Nolte definierte in den beiden zu Standardwerken avancierten Studien den Faschismus als »Anti-Marxismus«. Vgl. Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963 sowie ders., *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967.

46 Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will* (zit. n. »Historikerstreit«, S. 45).

47 Ernst Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt a. M./Berlin (West) 1987.

48 Siehe »Historikerstreit«. Dieser Band enthält die wichtigsten Beiträge, u. a. die von Habermas und Wehler, die zu der vielleicht bedeutendsten intellektuellen und politischen Auseinandersetzung in der alten Bundesrepublik veröffentlicht wurden. Vgl. stellvertretend aus der umfangreichen Literatur: Hans-Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«*, München 1988 sowie Imanuel Geiss, *Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay*, Bonn 1992.

talitarismustheorie.⁴⁹ Das gesteigerte wissenschaftliche Interesse kann an der kaum noch überschaubaren Zahl der Publikationen abgelesen werden, die im Laufe der Jahre zu diesem Thema veröffentlicht wurden, sodass bereits von einem »stillen Sieg eines Begriffes« gesprochen wurde.⁵⁰ Hierbei ragen fünf Forschungsbände heraus:

1. Der Band des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse zieht ein Fazit der Diskussion der internationalen Forschung.⁵¹ Abgesehen von einigen wenigen Aufsätzen aus den früheren Jahrzehnten beleuchtet er vor allem die Auseinandersetzung um den Totalitarismusbegriff. Die Dokumentation lässt renommierte Kritiker und Befürworter aus dem In- und Ausland zu Worte kommen und erhellt die analytische Tauglichkeit sowie die Schwächen des Totalitarismuskonzeptes. Darüber hinaus wird eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie facettenreich die unterschiedlichen Beiträge sind, die den Nationalsozialismus und den Stalinismus respektive Nachstalinismus auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin untersucht haben.
2. Die beiden vom früheren bayerischen Kultusminister Hans Maier (mit-)herausgegebenen Tagungsbände⁵² rücken den aus dem Jahre 1938 von Eric Voegelin stammenden und bis zu diesem Zeitpunkt eher wenig beachteten ideengeschichtlichen Forschungsansatz der »politischen Religion« in den Mittelpunkt, um die quasireligiösen Dimensionen der modernen Massendiktaturen in den Blick zu nehmen und speziell die heilsgeschichtlichen Aspekte der die Herrschaft sichernden und legitimierenden Ideologien aufzuspüren.⁵³
3. Einen anderen Schwerpunkt setzt der Sammelband *Totalitarismus – Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*⁵⁴, der unter anderem auf die totalitären Erfahrungen einiger Protagonisten der Totalitarismustheorie rekurriert. Anhand der Werkbiografien von Waldemar Gurian, Franz Borkenau, Sigmund Neumann und Hannah Arendt, die aus ganz unterschiedlichen politischen Traditionen stammen, wird gezeigt, wie bei diesen Intellektuellen die persönlichen Erlebnisse mitentscheidend waren bei der Ausformulierung ihrer theoretisch-analytischen Arbeiten. Der Mit-

49 Vgl. bes. Klaus von Beyme, Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffes nach dem Ende der kommunistischen Regime, in: Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar 1998, S. 23–36; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Totalitarismus und Totalitarismusforschung – Zur Renaissance einer lange tabuisierten Konzeption, in: Dies. (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bonn/Berlin 1992, S. 7–27; Wolfgang Kraushaar, Sich aufs Eis wagen. Plädoyer für eine Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie, in: Mittelweg 36, 2 (1993), H. 2, S. 6–29.

50 Jürgen Braun, Stiller Sieg eines Begriffes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Zeitschrift »Das Parlament«, Nr. 45 vom 11. November und 46 vom 18. November 1994, S. 1.

51 Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.

52 Hans Maier (Hg.), »Totalitarismus« und »Politische Religionen«. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn u. a. 1996; ders./Michael Schäfer (Hg.), »Totalitarismus« und »politische Religionen«. Konzepte des Diktaturvergleichs. Bd. 2, Paderborn u. a. 1997.

53 Vgl. auch den abschließenden dritten Band, der die Forschungsergebnisse zu diesem Thema in einer Gesamtbilanz zusammenfasst: Maier, »Totalitarismus« und »Politische Religionen«. Konzepte des Diktaturvergleichs. Deutungsgeschichte und Theorie. Bd. 3, Paderborn u. a. 2003.

54 Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hg.), Totalitarismus – Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997.

herausgeber Alfons Söllner erinnert in seinem einleitenden Beitrag daran, was ihnen und anderen Mitbegründern der Totalitarismustheorien in den 1930er-Jahren gemeinsam war, dass sie nämlich »prädestinierte Opfer entweder des Hitler- oder des Stalin-Regimes« waren, »die der Todesdrohung oft nur mit knapper Not entkommen konnten, bisweilen waren sie sogar von beiden Regimen gleichzeitig verfolgt«. ⁵⁵

4. In der von Achim Siegel, Mitarbeiter des Dresdener Hannah-Arendt-Instituts, herausgegebenen Aufsatzsammlung *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus* ⁵⁶ gehen die Autoren der Frage nach, wie es um die Erklärungskraft einer theoretischen Denkfigur steht, die nach dem Zusammenbruch des als Inbegriff totalitärer Herrschaft geltenden Sowjetkommunismus unter besonderem Rechtfertigungszwang steht. Angesichts der Wandlungsfähigkeit der kommunistischen Systeme wird in den versammelten Beiträgen die mögliche Neuinterpretation und Weiterentwicklung der klassischen Totalitarismusansätze thematisiert.

Während zuletzt in der Wissenschaft der empirisch ausgerichtete Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion auf Interesse stieß, ⁵⁷ konzentrierte sich aufgrund der doppelten Erfahrung mit Diktaturen in Deutschland die in Gang gekommene historisch-vergleichende Forschung auch auf den Nationalsozialismus und den SED-Staat. ⁵⁸ Das Thema wurde beispielsweise im Rahmen der Enquetekommission des Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« bei der öffentlichen Anhörung zum Thema »Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Vergangenheit und Gegenwart« diskutiert. Ausgehend von den beiden einleitenden Vorträgen von Horst Möller und Jürgen Kocka *Nationalsozialismus und SED-Diktatur in vergleichender Perspektive*, debattierten neben den beiden Referenten unter der Leitung von Alexander Fischer noch Sigrid Meuschel sowie Klaus Hornung kontrovers über die Möglichkeit und Unmöglichkeit, beide Systeme analytisch mit der Totalitarismuskategorie zu erfassen. ⁵⁹

55 Alfons Söllner, Das Totalitarismuskonzept in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Ders./Walkenhaus/Wieland, Totalitarismus, S. 10–21, hier S. 18.

56 Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar 1998.

57 Vgl. bes. Jörg Baberowski/Anselm Doering-Manteuffel (Hg.), Ordnung durch Terror: Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium, Bonn 2007 sowie Sheila Fitzpatrick/Michael Geyer (Hg.), Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared, Cambridge 2009.

58 Vgl. exemplarisch Ludger Kühnhardt u. a. (Hg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt a. M. u. a. 1994. Das 1993 gegründete Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden vergleicht ausdrücklich die NS-Diktatur und das SED-Regime.

59 Siehe im Einzelnen »Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart« (1. Teil) in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages«, Bd. 9: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland, Protokoll der 75. Sitzung vom 3. Mai 1994, Red. Marlies Jansen, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 574–643. Zum Vergleich der NS- und SED-Herrschaft aus juristischer Sicht vgl. Siegfried Mampel, Totalitäres Herrschaftssystem: Normativer Charakter – Definitionen – Konstante

Nachdem bereits 1997 das erstmals erschienene *Le livre noir du communisme* in Frankreich für öffentliche Aufregung sorgte, schlug das unter dem Titel Schwarzbuch des Kommunismus⁶⁰ vorgelegte Buch auch in Deutschland groß ein und evozierte gleichfalls eine heftige Kontroverse. Diese drehte sich weniger um die eigentliche Intention des Bandes, nämlich eine Gesamtdarstellung der von kommunistischen Regimen im 20. Jahrhundert weltweit zu verantwortenden Verbrechen – ausgehend von Mord an Einzelpersonen bis zum Massenmord – vorzulegen, als an der von Stéphane Courtois zu verantwortenden Einleitung, in der er auch eine totalitarismustheoretische Perspektive einnimmt. Nachdem Courtois darauf verweist, dass Massenverbrechen und Terror von Anbeginn »ein Grundzug des modernen Kommunismus« gewesen seien, bilanziert er hundert Millionen Tote, die auf das Schuldkonto von kommunistischen Staaten, Bewegungen und Organisationen gingen, und vergleicht sie mit den 25 Millionen Toten, die vom Nationalsozialismus umgebracht wurden, und sieht Parallelen zwischen »Rassen-Genozid« und »Klassen-Genozid«, unterstreicht aber die »Einzigartigkeit« der nationalsozialistischen Judenvernichtung.⁶¹ Als Reaktion auf das Schwarzbuch des Kommunismus erscheinen zwei Sammelbände von Gegnern und Befürwortern. Weniger um eine substanzielle Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Kernthema als um eine polemische Abrechnung mit dem Totalitarismusansatz im Vorwort von Courtois geht es den meisten Autoren des Bandes »Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus«⁶², die ihm vor allem vorwerfen, die Opfer kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen gegeneinander aufzurechnen. Ob beabsichtigt oder nicht, so die Kritik, hilft er damit eine politische Strömung in Deutschland zu bedienen, die ein Interesse an der Verharmlosung des Nationalsozialismus hat und die den seit dem »Historikerstreit« bestehenden »Holocaust-Konsens« in der Bundesrepublik aufkündigen will. Ein weiteres Motiv der Gegner des Schwarzbuches wird in dem Beitrag Der nekrophile Antikommunismus der »aufgeklärten Linken« von Wolfgang Wippermann, einem der beiden Mitherausgeber, deutlich, der der antitotalitären Linken in der Bundesrepublik vorwirft, eine krankhafte Beziehung zum »toten Kommunismus« zu pflegen. Die Auseinandersetzung mit dem

und variable Essenzialien – Instrumentarium, Berlin 2001. Zur grundsätzlichen Frage nach dem totalitären Charakter des SED-Regimes vgl. die beiden Aufsätze Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 40 vom 7. Oktober 1994, S. 12–23, sowie Ralph Jessen, DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie, in: Berliner Debatte INITIAL 6 (1995), H. 4/5, S. 17–24. Zur Anwendung des Totalitarismusbegriffs vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den »klassischen« und »neueren« Totalitarismustheorien bei der Untersuchung der sogenannten Zersetzungsmaßnahmen und -strategien des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vgl. aus politikwissenschaftlicher Sicht Sandra Pingel-Schliemann, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002. Der seit 1992 an der Freien Universität Berlin arbeitende »Forschungsverbund SED-Staat« stützt sich bei der Erforschung der Geschichte der DDR auch auf die Totalitarismustheorie.

60 Stéphane Courtois u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1998.

61 Stéphane Courtois, Die Verbrechen des Kommunismus, in: Ders. u. a. Das Schwarzbuch des Kommunismus, S. 11–43.

62 Jens Mecklenburg/Wolfgang Wippermann (Hg.), »Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus, Hamburg 1998. Vgl. auch Johannes Klotz (Hg.), Schlimmer als die Nazis? »Das Schwarzbuch des Kommunismus«, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus, Köln 1999.

Kommunismus und seinen politischen Implikationen ver helfe der »Delegitimierung der Linken« insgesamt zum Ziel.⁶³

Die Befürworter des *Schwarzbuches* versammeln sich in dem vom Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, herausgegebenen Band *Der rote Holocaust und die Deutschen – Die Debatte um das »Schwarzbuch des Kommunismus«*.⁶⁴ Hierbei kann bereits der gewählte skandalisierende Buchtitel als bewusster Versuch verstanden werden, den Begriff »Holocaust« zu instrumentalisieren und von den charakteristischen Besonderheiten der nationalsozialistischen Massenverbrechen an den Juden abzusehen. Als alleiniger Maßstab für den Vergleich zwischen den kommunistischen Massenverbrechen und für den Massenmord an den Juden gelten für Möller, wie er im Vorwort erklärt, die quantitativen Dimensionen, um eine Gleichsetzung der Verbrechen postulieren zu können. In seiner Argumentationskette gelangt er unter der Hand zur Infragestellung der Singularität der von den Nazis begangenen Ermordung der europäischen Juden.

Bei der intensiven Auseinandersetzung in der Politik- und Geschichtswissenschaft über die Frage nach der Vergleichbarkeit der Gewaltregime des Nationalsozialismus und des (Sowjet-)Kommunismus geht es, wie gezeigt werden sollte, nicht nur um ein herrschaftsanalytisches Erklärungsmodell, sondern das Totalitarismusparadigma impliziert immer auch politische oder ideologische Gesichtspunkte. Diese Zwitterstellung zwischen Politik und Wissenschaft gilt es in Rechnung zu stellen, wenn man sich mit dem Totalitarismuskonzept beschäftigt. Wie nicht zuletzt der Streit um die Thesen Noltes und um das *Schwarzbuch des Kommunismus* zeigte, ist in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um totalitarismustheoretische Aspekte in der Vergangenheit kontrovers ausgetragen worden, weil jedweder Versuch, linke und rechte diktatorische Systeme unter ein und dieselbe Kategorie zu subsumieren, dem Verdacht ausgesetzt war, das nationalsozialistische System und seine Massenverbrechen zu verharmlosen und eine ungerechtfertigte Gleichsetzung mit dem Sowjetkommunismus oder der DDR zu betreiben.⁶⁵ Darüber hinaus erklärte sich die politische Aufladung des Totalitarismusthemas durch den Umstand, dass der Terminus auf die Freund-Feind-Konstellation des Kalten Krieges verwies und ihm mithin immer auch die Aura eines politischen Kampfbegriffs anhaftete. Dies bot den Gegnern respektive Kritikern die Möglichkeit, das Totalitarismuskonzept abzulehnen und die erkenntnistheoretischen Potenziale anzuzweifeln. Beispielsweise sprach sich der Hamburger Politikwissenschaftler Peter Reichel gegen ein Wiederaufleben der Totalitarismustheorie aus, in-

63 Wolfgang Wippermann, Der nekrophile Antikommunismus der »aufgeklärten Linken«, in: Mecklenburg/Ders., »Roter Holocaust?«, S. 239–250.

64 Horst Möller (Hg.), *Der rote Holocaust und die Deutschen – Die Debatte um das »Schwarzbuch des Kommunismus«*, München 1999.

65 Ganz in diesem Sinne argumentiert in seiner ›Streitschrift‹ Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009. Der Berliner Historiker gibt sich in dem Band als grundsätzlicher Gegner der vergleichenden Totalitarismusforschung zu erkennen und vertritt die Ansicht, dass der Vergleich des SED-Regimes mit dem ›Dritten Reich‹ eine Dämonisierung der DDR bewirke sowie eine Verharmlosung und Relativierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Wer immer sich in den zurückliegenden Jahren an einem Vergleich der beiden Systeme beteiligte, wird aus diesem Grund von Wippermann scharf angegriffen, wie zum Beispiel Eckhard Jesse, Horst Möller, Joachim Gauck, Hubertus Knabe oder auch die Enquete-Kommission zur SED-Diktatur sowie der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

dem er zu Recht daran erinnerte, dass die Denkfigur im Nachkriegsdeutschland »verallgemeinerter Antikommunismus« war und durchaus mitverantwortlich dafür gewesen sei, ein simplifizierendes und dämonisierendes Herrschaftsbild des Nationalsozialismus zu zeichnen. Denn »die Rigidität einer polarisierten Welt(-sicht) in der Zeit des Kalten Krieges ließ für empirisch-differenzierte, komplexe Geschichtsbetrachtungen wenig Raum«⁶⁶.

Indessen könnte aufgrund der Kritik von Reichel der Eindruck entstehen, als wenn die Totalitarismustheorie durch ihre antikommunistische Instrumentalisierung zur Zeit der Konfrontation der westlichen Länder mit dem östlichen Staatenverbund ausschließlich als das ideologische Ergebnis eines manichäischen Weltbildes aufzufassen sei. Auch wenn in dieser Phase wichtige theoretische Arbeiten entstehen, ist das Theorem keineswegs ausschließlich das ideologische Produkt dieser politisch-historischen Konstellation. Zum anderen ist die Vorstellung von einer kohärenten Totalitarismustheorie unzutreffend. Die historische Genese des Begriffes verweist vielmehr auf bemerkenswert differenzierte und vielschichtige Analysemodelle totalitärer Herrschaft. Die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte kann nicht allein an die Ära des Kalten Krieges gekoppelt werden, denn »in Wirklichkeit wurde der Begriff »totalitär« bereits zwischen den beiden Kriegen verwendet, um einen neuen Herrschaftstypus zu beschreiben«.⁶⁷ Der Erste Weltkrieg war hierbei die »Urkatastrophe« (Kennan) des 20. Jahrhunderts. Er galt in den Augen bestimmter Autoren als das Schlüsselereignis für die Etablierung bisher nicht bekannter Herrschaftsregime des sowjetischen Kommunismus, des italienischen Faschismus und später des deutschen Nationalsozialismus, die mit traditionellen Begriffen wie Tyrannis oder Despotie nicht mehr hinreichend erklärt werden konnten. Die konkrete Ausformulierung der jeweiligen Totalitarismusansätze war indessen in starkem Maße von politischen und militärischen Konstellationen bestimmt. Im Folgenden soll auf die Entstehungsgeschichte des Totalitarismusbegriffs und auf eine Reihe unterschiedlicher Modelle in aller Kürze eingegangen werden, ohne auch nur annähernd einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen.⁶⁸

1. Der Ursprung des Begriffs Totalitarismus befand sich in Italien. Um die faschistische Machtergreifung 1922 und die nachfolgende Politik zu charakterisieren und zu kritisieren, benutzte erstmals der liberale Demokrat Giovanni Amendola 1923

66 Peter Reichel, Bitte keine neue Totalitarismus-Debatte! Gegen die schrecklichen Vereinfacher, die uns die Rot-gleich-Braun-Linie der antikommunistischen fünfziger Jahre wieder aufzwingen wollen, in: Die Tageszeitung vom 4. März 1992, S. 11.

67 François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 213.

68 Als Grundlage dienen vor allem folgende Arbeiten: Jänicke, Totalitäre Herrschaft; Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie; Kraushaar, Sich aufs Eis wagen; Eckhard Jesse, Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20 vom 8. Mai 1998, S. 3–18; Marc-Pierre Möll, Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung, Baden-Baden 1998; vgl. auch Manfred Funke (Hg.), Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978; Siegfried Jenkner, Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung, in: Politik und Zeitgeschichte 31 (1984), S. 16–26; Wolfgang Wippermann, Totalitarismustheorien: die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

- in pejorativer Absicht den Begriff »sistema totalitario« (»totalitäres System«).⁶⁹ Er wurde gezielt als politische Waffe eingesetzt.
2. Als positive Selbstbezeichnung nahm Mussolini 1925 den Begriff »stato totalitario« (»totaler Staat«) auf, um sich zu seinem faschistischen Staatsverständnis zu bekennen: »Alles im Staate, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat«.⁷⁰ Später sprach er auch von »totalitärem Regime«, »totalitärer Partei« und »totalitärer Bewegung«.⁷¹
 3. Als Reaktion darauf wurde im selben Jahr erstmals von Amendola ein Vergleich zwischen dem Faschismus mit dem Kommunismus gezogen, da beide Systeme eine »totalitäre Reaktion auf Liberalismus und Demokratie« bedeuteten.⁷²
 4. Der junge Sozialist Lelio Basso gebrauchte den Begriff des Totalitären ebenfalls 1925, indes zum ersten Mal als Substantiv, um die neue faschistische Ordnung zu beschreiben.⁷³
 5. 1926 erschien das Buch des Liberalen Francesco Nitti unter dem aussagekräftigen Titel *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie*, indem er einen ersten Vergleich erstellte. Er schrieb: »Faschismus und Bolschewismus beruhen nicht auf entgegengesetzten Grundsätzen, sie bedeuten die Verleugnung *derselben* Grundsätze von Freiheit und Ordnung, der Grundsätze von 1789. [...] Sie sind also die Verleugnung aller Grundlagen der modernen Zivilisation, die Rückkehr zur Moral der absoluten Monarchen und der Auffassung des Krieges als die selbstverständlichste Hantierung einer Nation.«⁷⁴
 6. Im selben Jahr legte der Führer der katholischen Volkspartei Popolari, Luigi Sturzo, in Buchform ein erstes ausgefeilteres Totalitarismuskonzept vor. Für ihn konnte man »zwischen Rußland und Italien nur einen einzigen Unterschied feststellen, daß nämlich der Bolschewismus eine kommunistische Diktatur oder ein Linksfaschismus ist und der Fascismus eine konservative Diktatur oder ein Rechtsbolschewismus ist«.⁷⁵
 7. In Deutschland beschrieb der Liberale Erwin von Beckerath 1927 in einer Untersuchung den italienischen Faschismus, in dem er auf gewisse Übereinstimmungen mit dem Sowjetkommunismus hinwies,⁷⁶ um diesen Ansatz dann später in einer vergleichenden Analyse systematischer zu entwickeln.⁷⁷
 8. Der katholische Konservative Waldemar Gurian sah in einer ersten totalitarismustheoretischen Annäherung 1931, nachdem er bereits 1928 einen Aufsatz über *Fascismus und Bolschewismus*⁷⁸ veröffentlichte, in seiner Bolschewismusstudie Parallelen

69 Jens Petersen, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Maier, »Totalitarismus« und »politische Religionen«, S. 15–35, hier S. 20.

70 Zit. n. Schlagen, Die Totalitarismus-Theorie, S. 12.

71 Siehe Petersen, Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien, S. 29.

72 Zit. n. ebd., S. 122.

73 Siehe ebd., S. 21.

74 Francesco Nitti, *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie*, München 1926, S. 53.

75 Luigi Sturzo, *Italien und der Faschismus*, Köln 1926, S. 213. Vgl. hierzu Michael Schäfer, Luigi Sturzo als Totalitarismustheoretiker, in: Maier, »Totalitarismus« und »politische Religionen«, S. 59–70.

76 Erwin von Beckerath, *Wesen und Werden des fascistischen Staates*, Berlin 1927.

77 Ders., *Faschismus und Bolschewismus*, in: *Volk und Reich der Deutschen*, Bd. 3, Berlin 1929, S. 134–153.

78 Waldemar Gurian, *Faschismus und Bolschewismus*, in: *Das Heilige Feuer* 15 (1927/28), S. 197–203.

mit dem italienischen Faschismus, die er in einer »vollständigen Politisierung und Vergesellschaftung des Menschen« und der »Verabsolutierung der diesseitigen sozialen Welt« zu erkennen glaubte.⁷⁹ Noch vor seiner Emigration in die Vereinigten Staaten weitete Gurian seine totalitarismustheoretische Perspektive aus, indem er 1935 im Schweizer Exil Bolschewismus und Nationalsozialismus in einem Aufsatz ausdrücklich miteinander vergleicht und an dieser Stelle bereits als ein zentrales Ziel den Kampf gegen Hitler-Deutschland betrachtete.⁸⁰ In den darauffolgenden Jahren entstanden weitere Arbeiten von Gurian, in denen nicht zuletzt immer mehr die existenziellen Gefährdungen für die demokratischen Staaten thematisiert wurden, die von den totalitären Systemen ausgingen.⁸¹

9. Zu Beginn der 1930er-Jahre nahm die deutsche Staatsrechtslehre die Diskussion um den Begriff des *totalen Staates* auf, gab ihm jedoch angesichts der Krise der Weimarer Republik eine besondere Wende. Carl Schmitt entwickelte sein neues Konzept vom totalen Staat 1931 *ex negativo*, nämlich in eindeutiger Abgrenzung zum pluralistischen Parteienstaat in Deutschland, der ihm als ein totaler Staat aus Schwäche erschien.⁸² Dieser verhinderte, so Schmitt, dass der »totale Staat sich als solcher mit derselben Wucht zur Geltung bringt, wie er es in den sogenannten Einparteienstaaten, Sowjetrußland und Italien, bereits getan hat«. ⁸³ Ebenfalls für einen »totalen Staat« sprachen sich Ernst Forsthoff⁸⁴ und Ernst Rudolf Huber⁸⁵ aus.
10. Obwohl Goebbels nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung« als Ziel ausgab, dass »der totale Staat, die Übernahme des gesamten öffentlichen Lebens und die Indienstnahme aller privaten und öffentlichen Beziehungen« zu diktieren habe,⁸⁶ konnte er mit seiner Staatsvorstellung in der Partei nicht reüssieren. Beispielsweise wendete sich der NS-Ideologe Alfred Rosenberg gegen den Begriff, da »nicht die sogenannte Totalität des Staates, sondern die Totalität der nationalsozialistischen Bewegung« absoluten Vorrang besaß.⁸⁷

Ihren historischen Ursprung hatten, wie gezeigt, die Begriffe »total«, »totalitär« oder »Totalitarismus« in den 1920er-Jahren zur Zeit des italienischen Faschismus. Zur

79 Ders., Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre, Freiburg i. Br. 1931, S. 127.

80 Abgedruckt ist der Aufsatz *Nationalsozialismus und Bolschewismus – ein Vergleich* in Heinz Hürten (Bearb.), Deutsche Briefe. Ein Blatt der katholischen Emigration, Bd. 1, Mainz 1969, S. 305 f. und 377–381.

81 Ausführlich dazu: Heinz Hürten, Waldemar Gurian und die Entfaltung des Totalitarismusbegriffs, in: Maier, »Totalitarismus« und »politische Religionen, S. 59–70, sowie ders., Modernitätskritik und Totalitarismustheorie im Frühwerk Waldemar Gurians, in: Söllner/Walkenhaus/Wieland, Totalitarismus, S. 27–34.

82 Carl Schmitt, Die Wendung zum totalen Staat, in: Europäische Revue 7 (1931), S. 241–250; wiederabgedr. in: Ders., Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939, Hamburg 1940, S. 146–158.

83 Ders., Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 84.

84 Ernst Forsthoff, Der totale Staat, Hamburg 1933.

85 Ernst Rudolf Huber, Die Totalität des völkischen Staates, in: Die Tat 26 (1934), S. 30–42.

86 Joseph Goebbels, Signale der neuen Zeit, 3. Aufl., München 1937, S. 285 f.

87 Alfred Rosenberg, Totaler Staat?, in: Völkischer Beobachter vom 9. Januar 1934 (soweit nicht anders vermerkt folgen die Hervorhebungen dem Original).

Kennzeichnung eines neuen Herrschaftsregimes wurden sie von liberal-demokratischen, sozialistischen und katholischen Gegnern in die politische Arena eingeführt. Aus diesem Lager stammten auch erste Ansätze einer Totalitarismuskonzeption, um die in der Zwischenkriegszeit auftretenden faschistischen und kommunistischen Regime als neuartigen Herrschaftstyp der totalitären Diktatur zu erfassen, der sich kurze Zeit später auch in Deutschland auffinden ließ. Als positive Selbstbeschreibung fungierten die Begriffe für den italienischen Faschismus. Theorien des *Totalen Staates* wurden von deutschen Staatsrechtlern entwickelt und mündeten in der Forderung nach einem absoluten Totalitätsanspruch des Staates, ohne jedoch damit bei führenden Nationalsozialisten Erfolg zu haben.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme übernahmen 1933/34 deutsche Emigranten – unter anderen Franz Borkenau⁸⁸, Gerhard Leibholz⁸⁹, Paul Tillich⁹⁰, Herbert Marcuse⁹¹, Richard Löwenthal⁹², Fritz Sternberg⁹³ – in ihren Studien den Totalitarismusbegriff, um das neuartige Herrschaftsphänomen kennzeichnen und gleichzeitig kritisieren zu können.

Auf der 1935 in Minneapolis stattgefundenen Konferenz »Diktatur in der modernen Welt«⁹⁴ sahen Max Lerner und Hans Kohn die Regime in Italien, Deutschland und der Sowjetunion als Typen einer neuen, modernen Form der Diktatur an, ohne explizit auf den Begriff »totalitär« zurückzugreifen. Obwohl sie im Bereich der Ideologie und des Wertesystems Unterschiede sahen, wurden doch wesentliche Gemeinsamkeiten erkannt. In seinem Einleitungsreferat wurde von Lerner auf Ähnlichkeiten bei der Machtergreifung und -ausdehnung durch eine Bewegung, auf das zentralisierte Einparteiensystem, auf das Führerprinzip und die zentrale Rolle der Propaganda und der Massenbeeinflussung hingewiesen.⁹⁵ Kohn sah in seiner systematisch verglichenen Studie über die »kommunistische und faschistische Diktatur«⁹⁶ den neuartigen Regimecharakter darin, dass die Diktaturen, wie sie sich in Russland, Italien und Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten, wenig gemein hatten mit den traditionellen Formen von Despotismus und Autokratie. Denn, so Kohn zum damaligen Zeitpunkt: »Moderne Diktaturen üben eine schrankenlosere Macht aus, die viel

88 Franz Borkenau, Zur Soziologie des Faschismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 68 (1933), H. 5, S. 513–547.

89 Gerhard Leibholz, Die Auflösung der liberalen Demokratie, in: Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München/Leipzig 1933.

90 Paul Tillich, The Totalitarian State and the Claims of the Church, in: Social Research 1 (1934), H. 4, S. 405–433.

91 Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung 3 (1934), H. 2, S. 161–195.

92 Paul Sering (d. i. Richard Löwenthal), Der Faschismus, in: Zeitschrift für Sozialismus (ZfS) 26/27 (1935), S. 767–787 u. 839–856.

93 Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935.

94 Guy Stanton Ford (Hg.), Dictatorship in the Modern World, Minneapolis (Minn) 1935.

95 Max Lerner, The Pattern of Dictatorship, in: Ford, Dictatorship in the Modern World, S. 3–25; dt. Ausg. abgedr. in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 30–48.

96 Hans Kohn, Communist and Fascist Dictatorship. A Comparative Study, in: Ford, Dictatorship in the Modern World, S. 141–160; dt. Ausg. abgedr. in: Seidel/Jenkner, Wege der Totalitarismusforschung, S. 49–63.

weitere Bereiche des sozialen und persönlichen Lebens umfaßt, als Despoten früherer Zeiten es je taten.«⁹⁷ Er betrachtete sie als »Massenbewegungen mit festumrissener Philosophie« und bezeichnete sie als »Massenbewegungs-Diktatur«.

Mit dem *post festum* oftmals als Schicksalsjahr der europäischen Politik apostrophierten Jahr 1936 begann im Grunde genommen die »eigentliche Totalitarismus-Literatur« (Martin Jänicke). Von diesem Zeitpunkt an setzte sich zunehmend der identifizierende Begriff totalitärer Herrschaft durch. Einerseits erklärte sich die verstärkte Verwendungsweise des Terminus »totalitär« durch eine sich jeweils radikalisierende Innenpolitik der drei Parteidiktaturen – insbesondere der verschärfte Terror in der Sowjetunion mit den Moskauer Schauprozessen sorgte weltweit für Aufsehen. Andererseits spielten außenpolitische Konstellationen die wohl zentralere Rolle, denn bedeutende internationale Konflikte brachen sich in diesem Jahr Bahn. Quasi zeitgleich erfolgte die Rheinlandbesetzung durch den Nationalsozialismus, die Annexion Abessinians durch den italienischen Faschismus und der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges.

Ausgehend von dem Vortrag das *Zeitalter der Tyrannen*, den Élie Halévy im November 1936 in Paris hielt – kam er bei seinem Vergleich der Diktaturen in der Sowjetunion, Italien und Deutschland zu dem Ergebnis, dass die drei »Tyrannen« aus der verhängnisvollen Verbindung der sozialistischen Idee und des Ersten Weltkrieges entstanden waren –, führte Raymond Aron bei der anschließenden Diskussion das Adjektiv »totalitär« in den französischen Sprachraum ein, um den Faschismus und den Kommunismus trotz aller Unterschiede als »totalitäre Regime« zu definieren (der Nationalsozialismus wurde in dieser Zeit gemeinhin noch unter die Kategorie Faschismus subsumiert). Drei Jahre später führte Aron den komparatistischen Ansatz fort und erklärte, was der »Totalitarismus« für Gemeinsamkeiten hatte. Seiner Einschätzung nach war es die absolute Macht des Staates, ohne irgendeine rechtliche oder praktische Einschränkung. Sowohl in der faschistischen als auch in der kommunistischen »Tyrannei« repräsentierte eine Einheitspartei primär den Staat, als dass sie das Volk repräsentierte. Dazu konzentrierte ein Tyrann die »Allmacht in seiner Person« und eine Ideologie wurde als »amtliche Wahrheit dogmatisch gelehrt«. Indes erkannte Aron auch essenzielle Unterschiede. Hierzu schrieb er:

Der Faschismus und der Kommunismus haben ihren Ursprung in verschiedenen sozialen Klassen; ersterer erhält die bestehende soziale Struktur, letzterer zerstört die alten führenden Klassen und bemüht sich zu verhindern, daß die Einkommensunterschiede sich zu Klassenunterschieden kristallisieren. Die Ideologien, hier idealistisch, heroisch, irrational und organisch, dort materialistisch, internationalistisch und szientistisch, stehen ebenfalls in Gegensatz zueinander.⁹⁸

97 Ebd., S. 49.

98 Raymond Aron, *Das Zeitalter der Tyrannen* (1939), in: Ders., *Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930–1939*, Opladen 1993, S. 186–208, hier S. 200 f. Arons Auseinandersetzungen mit dem Phänomen des Totalitarismus entstanden 1936 bzw. 1939 – wie auch die in Zukunft erschienenen Arbeiten – unter dem starken Eindruck der politischen Ereignisse in dieser Phase. Vgl. hierzu grundsätzlich Joachim Stark, Raymond Aron und der Gestaltwandel des Totalitarismus, in: Söllner/Walkenhaus/Wieland, *Totalitarismus*, S. 195–207.

Eine ideengeschichtliche Begründung für das Auftauchen der drei modernen Massenbewegungen in Italien, der Sowjetunion und vor allem in Deutschland gab Eric Voegelin in seiner schmalen Studie *Die politischen Religionen*⁹⁹, die Anfang 1938 in Wien erschien und den Autor zur Emigration in die USA zwang. Darin zeigte sich Voegelin am Faschismus und Kommunismus als einem religiösen Phänomen interessiert und versuchte, die Ursachen und die Motivationen derer zu deuten, die sich den ideologischen Massenbewegungen anschlossen. Seine These lautete: Die politischen Massenbewegungen waren Ausdruck einer fundamentalen Krise der westlichen Zivilisation infolge der Säkularisierung des Geistes, d. h. »in der Trennung eines dadurch nur weltlichen Geistes von seinen Wurzeln in der Religiosität«¹⁰⁰. Dabei nutzen sie noch vorhandene religiöse Bedürfnisse der Einzelnen aus und boten Kompensation bei quasireligiösen Veranstaltungen in der Sphäre der Politik wie Parteiveranstaltungen oder Aufmärschen. Die modernen Diktaturen betrachtet er als das Ergebnis einer innerweltlichen Religion, »die das Kollektivum, sei es die Menschheit, das Volk, die Klasse, die Rasse, oder den Staat, als Realissimum« erlebte, als »Abfall von Gott«, d. h. als Abfall von der »überweltlichen Religion« des Christentums.¹⁰¹

Eingedenk des wenige Monate zuvor abgeschlossenen Hitler-Stalin-Paktes fand im November 1939 in Philadelphia die erste wissenschaftliche Konferenz statt, die sich ausdrücklich auf die Totalitarismustheorie bezog.¹⁰² Während sich Kohn in seinem Beitrag *The Totalitarian Philosophy of War* ausschließlich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzte, war die moderne »totalitäre Diktatur« für den amerikanischen Historiker Carlton J. H. Hayes »ein ganz neues Ereignis in der Geschichte der westlichen Kultur«.¹⁰³ Typisches totalitäres Merkmal von Faschismus (bzw. Nationalsozialismus) und Kommunismus war für ihn die absolute Monopolisierung der Gewalt, die bis zu einer zügellosen Gewaltmoral reichte. Diese Staaten, so Hayes, waren deshalb als totalitär zu klassifizieren, weil sie sämtliche »wirtschaftlichen, religiösen und erzieherischen Institutionen« kontrollierten. Auf eine Unterstützung der Massen konnten sie bauen, weil sie diese mittels moderner Propaganda indoktriniert hatten und sie durch die »allgegenwärtige Geheimpolizei« sowie die alles durchdringende Partei beherrschten. Eine besondere Rolle kam zudem im »diktatorische[n] Totalitarismus« der missionarischen Kraft der Ideologie zu.¹⁰⁴

Die politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939, besiegelt durch den Hitler-Stalin-Pakt, war der konkrete Anlass für den ehemaligen

99 Eric[h] Voegelin, *Die politischen Religionen*, Wien 1938; Neuausgabe von Peter J. Opitz, München 1993.

100 Ebd., S. 6. Vgl. auch Dietmar Herz, *Der Begriff der »politischen Religionen« im Denken Eric Voegelins*, in: Maier, »Totalitarismus« und »politische Religionen«, S. 191–209. Ab 1939 gebrauchte Raymond Aron den Begriff »politische Religion« (später: »säkulare Religion«) in seinem Beitrag *Das Zeitalter der Tyrannen*; siehe in: Ders., *Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930–1939*, S. 207.

101 Voegelin, *Die politischen Religionen*, S. 64.

102 Symposium on the Totalitarian State. From the Standpoints of History, Political Science, Economics and Sociology, Nov. 17, 1939. *Proceedings of the American Philosophical Society* 82 (1940), Nr. 1.

103 Carlton J. H. Hayes, *The Novelty of Totalitarianism in the History of Western Civilisation*, in: Ebd., S. 91–102; hier nach der dt. Übersetzung in: Seidel/Jenkner, *Wege der Totalitarismus-Forschung*, S. 86–100.

104 Ebd., S. 95–98.

Spanienkämpfer und Exkommunisten Franz Borkenau, sein marxistisch inspiriertes Hauptwerk zum Totalitarismus, *The Totalitarian Enemy*, zu veröffentlichen, das in der These vom »roten Faschismus« und »braunen Bolschewismus« gipfelte.¹⁰⁵ Angesichts der sich anbahnenden existenziellen politischen Bedrohung versuchte er in der Emigration, die westlichen liberalen Demokratien vor den beiden nach der Weltrevolution strebenden totalitären Mächten Deutschland und Sowjetunion nachdrücklich zu warnen. Neben dem entschlossenen militärischen Eingreifen gegen die verbündeten totalitären Großmächte trat der Autor auch für die die westlichen Demokratien tragenden Prinzipien ein und forderte unter anderem umfassende wirtschaftliche Reformen. Borkenau formulierte gewissermaßen eine *Demokratietheorie ex negativo* und kann als Prototyp jener Emigranten angesehen werden, die wie Waldemar Gurian, und später Sigmund Neumann oder Hannah Arendt, ein normatives Konzept vertraten, weil sie ihren Totalitarismusbegriff als Gegenbegriff zu den Idealen der eigenen westlichen Gesellschaft formulierten.

Hatte sich spätestens 1939/40 der vergleichende Totalitarismusbegriff in den Veröffentlichungen zum Phänomen totalitärer Herrschaft durchgesetzt, zeigte sich von 1941 bis 1945 neuerlich, dass seine Verwendungsweise in starkem Maße von politischen und militärischen Konstellationen abhing. Durch den Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion und Japans auf Pearl Harbour – der den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zur Folge hat – kam es zum Bündnis zwischen den USA, England und der Sowjetunion. Daraufhin erschien es in der Forschung inopportun, die Sowjetunion unter Totalitarismusverdacht zu stellen. Als »totalitäre Mächte« erschienen nun immer mehr die drei militärisch verbündeten Staaten Japan, Deutschland und Italien.¹⁰⁶

Eine Ausnahme stellte das 1942 in den Vereinigten Staaten erschienene, ambitionierte theoretische Werk *Permanent Revolution* von Sigmund Neumann dar.¹⁰⁷ Obwohl insbesondere am Ende der Untersuchung in dem Kapitel über den Zweiten Weltkrieg schwerpunktmäßig das NS-Regime analysiert wurde – der italienische Faschismus bzw. noch mehr die Sowjetunion fielen in diesem Abschnitt mehr oder weniger aus der vergleichenden Perspektive heraus –, ging es Neumann unter Einbeziehung der Sowjetunion um die historische Erforschung der modernen Diktaturen im 20. Jahrhundert. Genauer: Der Autor präsentierte ein geschlossenes Modell des Totalitarismus, in dem er in einer ausdrücklich vergleichenden Analyse die totalitären Regime in Italien, Deutschland und Russland erforschte. Im Unterschied zu traditionellen Herrschaftsformen wie der Despotie erkannte er einen gemeinsamen Grundzug in ihrem Hauptziel, nämlich die Revolution zu verewigen und zu institutionalisieren, also in der von ihm so bezeichneten »permanenten Revolution«. Neumann arbeitete fünf ent-

105 Franz Borkenau, *The Totalitarian Enemy*, London 1940.

106 Vgl. Hans Kohn, *The Totalitarian Crisis*, in: Ders., *Revolutions and Dictatorships. Essays in Contemporary History*, Cambridge (MA) 1941, S. 333–416. Obwohl beispielsweise Franz Neumann in seinem später zum Klassiker der NS-Forschung avancierten Hauptwerk *Behemoth* bereits 1942 den Totalitarismusbegriff für die Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems benutzte, entfiel der Vergleich mit der Sowjetunion unter Stalin (vgl. Neumann, *Behemoth*).

107 Sigmund Neumann, *Permanent Revolution. The Total State in a World at War*, New York, London 1942. Vgl. hierzu auch: Alfons Söllner, Sigmund Neumanns »Permanent Revolution«. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung, in: Ders./Walkenhaus/Wieland, *Totalitarismus*, S. 53–65.

scheidende Merkmale der drei totalitären Diktaturen heraus: das Versprechen von wirtschaftlich-sozialer Sicherheit, den Primat der Aktion vor dem Programm, Herrschaftssicherung durch quasidemokratische Einrichtungen, eine in alle gesellschaftlichen Bereiche eindringende Kriegspychologie und schlussendlich als zentrales Element das Führerprinzip. Vor allem durch das Führerprinzip gelang es den totalitären Systemen mit besonderen Herrschaftsinstrumenten und -techniken – unter anderem Propaganda und organisierter Terror –, in den Einparteienstaaten die »amorphe Masse« zu mobilisieren und eine neuartige Massenpolitik zu konstituieren in der Absicht, nach der Machtübernahme die absolute Kontrolle über die Gesellschaft zu erreichen. Das entscheidende Ziel war aber die permanente Revolution, die Institutionalisierung der Revolution, die eine Stabilisierung des gesamten Systems und eine dadurch mögliche eigengesetzliche Entwicklung verhinderte, damit der absolute Herrschaftsanspruch der Führung beständig erhalten bleibt. Für Neumann lag genau hier das Besondere der totalitären Herrschaftssysteme: Es war das Konzept der permanenten Revolution, »also die zum Selbstzweck organisierte Dynamik revolutionärer Herrschaftsausübung«¹⁰⁸.

Eine nicht unbedeutende Rolle spielten in der Geschichte der Totalitarismustheorie bis 1945 bereits ehemalige kommunistische Schriftsteller und Intellektuelle, die unter dem Eindruck der sowjetischen Terrorpolitik in den 1930er-Jahren wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen Links- und Rechtstotalitarismen erkannten. Beispielsweise sprach bereits im August 1936 der zu den Mitbegründern der italienischen Kommunistischen Partei gehörende Ignazio Silone von einem »roten Faschismus«, um angesichts der Massenverhaftungen von Kommunisten in der Sowjetunion und den Moskauer Schauprozessen auf Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus hinzuweisen.¹⁰⁹

Insbesondere die persönlich gemachten Erfahrungen mit dem Terror des sowjetischen Geheimdienstes innerhalb der Internationalen Brigaden während des Spanischen Bürgerkrieges ließen viele mit der kommunistischen Idee und Bewegung brechen und zu Renegaten, d. h. zu Antikommunisten respektive Antistalinisten, werden. Stellvertretend für die literarisch verarbeiteten Spanienerfahrungen sei an dieser Stelle *Mein Katalonien* von George Orwell genannt, der eindrücklich beschrieb, wie zeitgleich mit den blutigen Säuberungen in der Sowjetunion die Terrorwelle auf Spanien übergriff und vor allem Mitglieder der trotzkistischen POUM von spanischen Kommunisten und durch Mitglieder des sowjetischen Geheimdienstes verfolgt und ermordet worden.¹¹⁰ Ende der 1930er-Jahre war es der Rätekommunist Otto Rühle, der sich anlässlich der Moskauer Schauprozesse von der Sowjetunion lossagte, indem er in dem Essay *Brauner und roter Faschismus* feststellte, dass offensichtliche Übereinstimmungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen System existierten, die er in einer gemeinsamen Machtideologie, dem diktatorischen Apparat, den Gleich-

108 Siehe Schlangen, *Die Totalitarismus-Theorie*, S. 42–44 (Zitat S. 44).

109 Ignazio Silone, Brief nach Moskau vom 30. August 1936, in: *europäische ideen*, H. 9 (1975), S. 37–39 (Erstveröffent.: Arbeiter-Zeitung [Basel] vom 24. September 1936).

110 George Orwell, *Homage to Catalonia*, London 1938 (dt. Ausg.: *Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1975). Vgl. zudem insbesondere Franz Borkenau, *The Spanish Cockpit. An Eye Witness Account of the Political and Social Conflict of the Spanish Civil War*, London 1937 (dt. Ausg.: *Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht*, Stuttgart 1982).

schaltungstendenzen im Bereich der Politik und in den Gewaltmethoden vorfand.¹¹¹ Die autobiografischen Renegatenberichte erlaubten erste Einblicke in Detailspekte des Herrschaftsmechanismus des Stalinismus und können in ihrem mitanvisierten Vergleich zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland als Totalitarismustheorie *in nuce* kategorisiert werden.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges blühte die Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie im Zeichen des ausbrechenden Kalten Krieges wieder auf, sodass man diesen zeitlichen Abschnitt, der von 1946 bis etwa 1957 reichte, als zweite Phase oder als »zweite große Welle« (Martin Jänicke) der Totalitarismuskritik bezeichnen kann. In der veränderten politischen und militärischen Landschaft vollzog sich ein entscheidender Perspektivenwechsel, weg von einem eher antifaschistischen und antinationalsozialistischen hin zu einem primär antikommunistisch ausgerichteten Totalitarismusverständnis, in dem für den italienischen Faschismus bereits kaum mehr Platz war. Bildete bis dahin der Faschismus bzw. Nationalsozialismus die Folie, das Modell, an dem die kommunistische Variante gemessen wurde, übernahm fortan die stalinistische Sowjetunion diese Rolle.¹¹²

Angekündigt wurde dieser Wandel mit der 1946 erschienenen Schrift *Victors, beware* von Salvador de Madariaga, in der er die westlichen Demokratien vor der militärischen und politischen Stärke der Sowjetunion warnte und deren politisches System als den eigentlichen Typus totalitärer Herrschaft ansah.¹¹³ In seinem 1949 veröffentlichten Buch *The Vital Center* kennzeichnete Arthur M. Schlesinger jr. den Nationalsozialismus – im Gegensatz zur Sowjetunion – als noch nicht voll ausgereiftes Muster totalitärer Herrschaft. Auf diese Weise verblieb der stalinistische Bolschewismus als eigentlicher Modellfall des Totalitarismus.¹¹⁴

Im Gegensatz dazu stand die unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Judenvernichtung entstandene, 1951 veröffentlichte, breit angelegte Studie *The Origins of Totalitarianism* von der in die Vereinigten Staaten emigrierten deutschen Jüdin Hannah Arendt.¹¹⁵ Ihren Totalitarismusbegriff gewann sie insbesondere am empirischen Material des Nationalsozialismus und übertrug ihn auf das stalinistische System, obwohl über die politische Herrschaftspraxis und Verfolgungslogik in der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt noch keine gesicherten Forschungsergebnisse vorlagen. Gleichwohl avancierte ihre Doppelanalyse von Nationalsozialismus und Stalinismus, die den Scheinwerfer auf die revolutionäre Dynamik richtete, zum Standardwerk der Totalitarismustheorie. Gerade in Deutschland konnte das Buch auf breite Zustimmung stoßen, weil die zentrale philosophische Überlegung von der existenziellen Verlassenheit des modernen Massenmenschen »gewissen ideologischen Rechtfertigungsbedürfnissen entgegenkam«.¹¹⁶ Denn durch die Isolierung von den drei Hauptteilen – *Antisemitismus*, *Imperialismus* und *totaler Herrschaft* – war es möglich, zu einer simplifizieren-

111 Otto Rühle, Brauner und roter Faschismus, in: Ders., Schriften, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 7–71.

112 Norbert Kapferer, Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand. Ideengeschichtliche, komparatistische und politische Aspekte eines umstrittenen Terminus, 2. Aufl., Dresden 1996, S. 9.

113 Salvador de Madariaga, *Victors, beware*, London 1946, S. 58 f.

114 Schlesinger jr., *The Vital Center*, S. 67.

115 Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951 (dt. Ausg.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955).

116 Kapferer, Der Totalitarismusbegriff auf dem Prüfstand, S. 12.

den und dämonisierenden Erklärung des Totalitarismusphänomens zu kommen. Es entsprach indes keineswegs der Intention Arendts, Personen und Gruppen die Möglichkeit zu verschaffen, ihr bildungsbürgerliches Weltbild wiederherzustellen und vor allem angesichts der »drohenden Bolschewisierung« eine antikommunistische Freund-Feind-Ideologie zu bedienen, die weniger oder überhaupt nicht im zurückliegenden Nationalsozialismus, sondern in der Sowjetunion unter Stalin das eigentliche Modell totalitärer Herrschaft sahen.¹¹⁷

Arendt fragte angesichts des Vergleichs mit despotischen, tyrannischen und diktatorischen Herrschaftsformen nach dem »eigentlichen Wesen der totalen Herrschaft«.¹¹⁸ Deshalb war es ihr ausdrücklich darum zu tun, »das wesentlich Neue, das nämlich, was diese Herrschaft wirklich zu einer totalen Beherrschung macht, in den Blick zu bekommen«¹¹⁹. Der Totalitarismus kristallisierte sich für Arendt als eine genuin neuartige Herrschaftsform bereits im Europa des 19. Jahrhunderts heraus. Als Ursprung sah sie jedenfalls mit Blick auf den Nationalsozialismus neben dem modernen Antisemitismus das Zeitalter des Imperialismus mit dem Niedergang der Nationalstaaten und dem Aufstieg der modernen Massengesellschaft an, die die entscheidenden Voraussetzungen für das Entstehen der totalitären Bewegungen als Massenbewegungen darstellten. Durch die Entfaltung des Kapitalismus kam es nämlich zur Auflösung der strukturierten Klassengesellschaft und zur Zerstörung des auf eben jenen Klassen basierenden traditionellen Parteiensystems. Ergebnis dieser für Arendt krisenhaften gesellschaftspolitischen Entwicklung – die durch den Ersten Weltkrieg noch eine Zuspitzung erfuhr – war die existenzielle Verlassenheit und politische Bindungslosigkeit des modernen Menschen. Paradoxerweise koinzidierte die Individualisierung und Atomisierung mit einem Prozess der Vermassung in der modernen Gesellschaft. Auf diesen atomisierten Massen basierte die Struktur der neuen politischen Bewegungen: »Totalitäre Bewegungen sind Massenbewegungen, und sie sind bis heute die einzige Organisationsform, welche die modernen Massen gefunden haben und die ihnen adäquat scheint.«¹²⁰

Nach Arendts Auffassung war es von zentraler Bedeutung, dass den totalitären Bewegungen der sogenannte Zugriff auf die Massen mittels moderner Techniken der Massenbeeinflussung gelang – in erster Linie durch die »totalitäre Propaganda«¹²¹. In gewissermaßen absoluter Vervollkommenung traditioneller Formen war ihr zufolge die totalitäre Propaganda exakt auf die modernen Massen zugeschnitten: Mit ihren permanenten Wiederholungen bot sie klare und einfache Orientierung für das Denken und Handeln »isolierter Individuen« in einem fiktiven, gleichwohl in sich konsequenten System der ideologischen (totalen) Welterklärung. Daher war die Propaganda ein unabdingbares Element der »psychologischen Kriegsführung«¹²² der totalitären Bewegungen, deren primäre Aufgabe freilich nicht die Überzeugung über ihren Inhalt war, sondern in erster Linie die Eroberung der Massen für ebenjene Bewegungen – und zwar solange sie sich noch nicht an den staatlichen »Schaltstellen« befanden

117 Vgl. Jänicke, Totalitäre Herrschaft, S. 83–85.

118 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 3. Aufl., München 1993, S. 703.

119 Ebd., S. 705.

120 Ebd., S. 499.

121 Siehe hierzu insgesamt das gleichnamige Kapitel, in: Ebd., S. 546–574.

122 Ebd., S. 549.

und mithin nicht über reale Machtmittel verfügten. Die Propaganda stellte für Arendt ein tatsächliches und »effektives« Instrument für die totalitären Bewegungen dar im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit einer noch nicht totalitären Außenwelt, das nach der Machteroberung, d. h. der Phase der Konsolidierung des Herrschaftsregimes, abgelöst wurde von der »Indoktrination« der Gesellschaft durch Terror sowie von der gewaltsamen Implantierung der sogenannten totalitären Fiktion in die politische Praxis bzw. Wirklichkeit.

Nach Arendt versuchten die totalitären Bewegungen ihre »ideologischen Fiktionen« in ihrer Anhängerschaft durch eine neuartige bzw. einzigartige »*totale Organisation*«¹²³ zu realisieren, die sich in ihren Augen als »Frontorganisation« im Wesentlichen aus Parteimitgliedern und »Sympathisierenden« zusammensetzte: »Die totalitäre Bewegung [...] benutzt die Frontorganisation als einen Schutzwall, der die Mitgliedschaft, ihren fanatischen Glauben an die ideologische Fiktion und ihre »revolutionäre« Moral gegen den Schock einer noch intakten Außenwelt schützt« und gleichzeitig diene sie als eine »genau überwachte Brücke« zur »normalen Welt«.¹²⁴ Für sie stand fest, dass ebendiese »Doppelfunktion der Fassade nach außen und innen« ein durchgängiges Strukturprinzip der »totalitären Organisation« ausmachte, das sich sowohl innerhalb der Partei als auch in der »Eliteformation der Bewegungen« wiederfand. »Es ist«, so Arendt,

offenbar, daß die totalitäre Bewegung als Ganzes bereits vor der Machtergreifung so etwas wie eine geschlossene Welt darstellen kann, in welcher Abstufungen und Differenzierungen die von den Eliteformationen gesicherte radikale Folgerichtigkeit der zentralen Fiktion nicht nur mildern, sondern auch gewissermaßen echte Meinungsverschiedenheiten ersetzen.¹²⁵

Gleichwohl stellten die »totalitäre Propaganda« und die »totale Organisation« nach dem Dafürhalten von Arendt keineswegs sicher, dass nach der »Machtergreifung« und mithin der »Übernahme des Staatsapparats«¹²⁶ durch die nationalsozialistische bzw. bolschewistische Bewegung sich die neu errichtete revolutionäre Alltagswelt nicht einfach normalisieren und mithin die sogenannte totalitäre Fiktion untergraben würde. Solange aber die Gefahr bestand, dass sich die Massen normalisierten und in den »alten Schlendrian«¹²⁷ zurückfallen, weil eine nicht totalitäre Umwelt existierte und die totalitäre Fiktion noch nicht die gesamte Alltagswelt durchdrang und kontrollierte, bemühten sich die Exponenten der »totalen Herrschaft« darum, mit ihren neuen staatlichen Herrschaftsmitteln und -techniken die Aufrechterhaltung der revolutionären Bedingungen ihrer Machtentfaltung im Staat zu gewährleisten. Hierbei wurde

123 Siehe hierzu insgesamt das gleichnamige Kapitel, in: Ebd., S. 575–608.

124 Ebd., S. 577.

125 Ebd., S. 579.

126 Ebd., S. 610.

127 Ebd., S. 613.

die totalitäre Herrschaftsausübung *qua* »Staatsapparat«¹²⁸ und »Geheimpolizei«¹²⁹ sowie die »Konzentrationslager«¹³⁰ vollzogen.

Entgegen der in der zeitgenössischen Forschungsliteratur zum nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftssystem grassierenden Behauptung einer angeblichen »monolithischen Staatsstruktur« hob Arendt *expressis verbis* die eigentümliche »Strukturlosigkeit« der »totalitären Regierungen« hervor.¹³¹ Ebendiese Strukturlosigkeit des totalitären Staates war letzten Endes nur die adäquate Umsetzung der grundsätzlichen »Zwiebelstruktur der Bewegung«¹³², die letzten Endes dazu führte, dass dem totalitären Staat für Arendt von Anbeginn ein Dualismus von Staats- und Parteiinstitutionen innewohnte und folglich vor dem Hintergrund des »Führerprinzips« respektive des »Führerwillens« ebenjene Institutionen sich in einem untereinander ausgetragenen permanenten Konkurrenzkampf befanden und die institutionelle »Verdoppelung und Multiplikation von Parteiämtern und Staatsorganen« (Brigitte Gess) zur Folge hatte.¹³³

Für Arendt verbarg sich hinter dieser »Fassade« die »wirkliche Macht der Partei«, mit der sie sich »nach außen« schützte.¹³⁴

Wesentliche Stützpfeiler der totalitären Bewegung wurden vor als auch nach der Machteroberung die beiden Elemente *Ideologie* und *Terror*.¹³⁵ Was den Typus totaler Herrschaft nationalsozialistischer und stalinistischer Provenienz vor allem kennzeichnete und seinem eigentlichen Wesen nach für Arendt zu einer »neuen Staatsform« werden ließ – die Konsequenz war ein Ende der Politik an sich –, war die spezifische Verbindung von »Terror und Ideologie« mit einer bis dahin unbekannten Vernichtungsdimension. Beide Systeme beriefen sich auf Ideologien aus dem 19. Jahrhundert, die indes erst durch die Rolle, die die Ideologie in dem totalen Herrschaftsapparat spielte, ihre totalitäre Aufladung erfuhren. Die kommunistische und nationalsozialistische Ideologie beanspruchten eine totale Welterklärung und versprachen eine »totale Erklärung alles geschichtlich sich Ereignenden, und zwar totale Erklärung des Vergangenen, totales Sich-Auskennen im Gegenwärtigen und verlässliches Vorhersagen des Zukünftigen«.¹³⁶ Das historisch Beispiellose am totalitären Terror war für Arendt, dass er erst zu dem Zeitpunkt einsetzte, nachdem die gewalttätige Ausschaltung der wirklichen Gegner erfolgreich abgeschlossen war. Mit anderen Worten: »[D]

128 Siehe im Einzelnen ebd., S. 614–647.

129 Ebd., S. 647–676.

130 Ebd., S. 676–702.

131 Ebd., S. 618, Hervorh. des Verf. Siehe auch die Feststellung von Arendt auf S. 625, dass die sogenannte Strukturlosigkeit »geplant« war.

132 Ebd., S. 639.

133 Mit expliziten Blick auf das nationalsozialistische Herrschaftsregime konstatierte Arendt (ebd., S. 622): »Der Einwohner des Dritten Reiches lebte nicht nur unter den gleichzeitigen und zumeist miteinander konkurrierenden Instanzen von Partei und Staat, von SA und SS, von SS und Sicherheitsdienst, er wußte niemals im gegebenen Augenblick, welche dieser Instanzen gerade die Fassade und welche die wirkliche Macht repräsentierte.«

134 Ebd., S. 619.

135 Das Folgende nach dem abschließenden Kapitel 13 in: Ebd., S. 703–730.

136 Ebd., S. 719.

ie vollkommene Herrschaft des Terrors« wurde »erst dann losgelassen«, als »jegliche Opposition«, gegen die er sich hätte wenden können, »erloschen« war.¹³⁷

Dass sich im Terror für Arendt das eigentliche Wesen der totalitären Herrschaft enthüllte, war nur vor dem Hintergrund seiner engen Affinität zur Ideologie zu verstehen. Denn die totalitären Regime zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie die ideologischen Aussagen für bare Münze nahmen und konsequent damit ernst machten, sie *qua* Terror in Herrschaftswirklichkeit umzusetzen, d. h., die Ideologie diene dazu, die radikale Veränderung der Gesellschaft im Hinblick auf einen »Heilszustand« anzustreben. Im Zentrum der kommunistischen Ideologie stand die Vorstellung von »absterbenden Klassen«, in der nationalsozialistischen die von »parasitären Rassen«. Der Feindstatus dieser Menschengruppen wurde aus ideologisch vorgegebenen »objektiven Merkmalen« deduziert, sodass die gewalttätige Ausschaltung dieser jeweiligen »Feindgruppen« als notwendige geschichtliche Handlung betrachtet wurde. Es war diese deduktive Logik, die der Natur und der Geschichte zwingende Bewegungsgesetze unterstellte und daranging, diese Gesetze zu vollstrecken, die für Arendt das totalitäre Moment der Verbindung von »Terror und Ideologie« darstellte.

Zum Inbegriff der neuen Herrschaftsform – die Arendt im Nationalsozialismus ab 1938 und im sowjetischen Stalinismus von 1930 bis 1953 historisch verwirklicht sah – wurde das System der Konzentrationslager. »Die Konzentrations- und Vernichtungslager«, so Arendt, »dienen dem totalen Herrschaftsapparat als Laboratorien, in denen experimentiert wird, ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, daß Menschen total beherrschbar sind, zutreffend ist.«¹³⁸ Sie waren »das richtunggebende Gesellschaftsideal für die totale Herrschaft überhaupt«¹³⁹. Für die Autorin stand fest, »daß keine totalitäre Regierung ohne Terror auskommen und kein Terror ohne Konzentrationslager effektiv sein kein«.¹⁴⁰

Der Inhaltswandel des Totalitarismusbegriffs zu einem Begriff, der mehr und mehr in das Fahrwasser der Sowjetkommunismusforschung geriet, brach sich in der 1956 erschienenen Untersuchung *The Permanent Purge* von Zbigniew Brzezinski¹⁴¹ Bahn, denn hier dienten die primär anhand des sowjetkommunistischen Regimes gewonnenen Forschungserkenntnisse als Grundlage für generalisierende Aussagen über den Typus der totalitären Herrschaft. Für Brzezinski trat das eigentliche Wesen des totalitären Systems erst nach der erfolgten »Machtergreifung« und nach der Periode einer erfolgreichen Etablierung der Macht in Gänze in Erscheinung, nämlich zu dem Zeitpunkt, zu dem das Regime versuchte, die Gesellschaft zu revolutionieren. Ein wesentliches Merkmal totalitärer Herrschaft war für den Autor darin zu sehen, dass die ökonomische und soziale revolutionäre Umwälzung ausdrücklich von einer ideologisch ausgerichteten und fest organisierten politischen Bewegung angestrebt wurde.¹⁴² Dem Anspruch, eine totale gesellschaftliche Revolution herbeizuführen, inhärent waren Brzezinski zufolge auftretende Spannungen, die zunächst noch in der

137 Ebd., S. 710.

138 Ebd., S. 676.

139 Ebd., S. 677.

140 Zit. n. Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt – Leben, Werk und Zeit, Frankfurt a. M. 1986, S. 291.

141 Zbigniew K. Brzezinski, *The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism*, Cambridge (Mass) 1956. Vgl. zum Folgenden Schlangen, *Die Totalitarismus-Theorie*, S. 66–69.

142 Brzezinski, *The Permanent Purge*, S. 1.

Partei durch das Vorhandensein stabilisierender Faktoren und ideologischer Abweichungen verblieben, die sich dann aber durch die Radikalisierung der Revolution auf die gesamte Gesellschaft ausdehnten. Die sich dadurch ergebenden grundsätzlichen Konflikte verlangten nach einer »totalitären Lösung«, sodass der totale Terror *volens volens* die natürliche Reaktion des Regimes darstellte, der mit zunehmender Stabilität der totalitären Herrschaft aber nur noch als »Säuberung« zu verstehen war. Für Brzezinski war der Totalitarismus ein System der permanenten Säuberung.¹⁴³

Brzezinski erklärte das Totalitarismusphänomen mithilfe der Verknüpfung von »Revolution« und »Säuberung«, er musste sich hier aber primär am kommunistischen Herrschaftstyp orientieren, da erstens der Nationalsozialismus nur in der Frühphase im Zuge der »Röhm-Affaire« 1934 eine Parteisäuberung kannte und zweitens das Merkmal der sozialen und ökonomischen Revolution nur Aussagen über die historische Entwicklung der Sowjetunion zuließ. Der Begriff »totalitäre Herrschaft« wurde so bei Brzezinski zum Synonym für das politische System des Kommunismus.

Der für die Totalitarismustheorie einflussreichste politische und wissenschaftliche Forschungsansatz wird gemeinhin Carl Joachim Friedrich zugeschrieben, sodass er als »der zentrale Vertreter dieser Theorie« (Hans J. Lietzmann) angesehen wird. Friedrich, der bereits in den 1920er-Jahren Deutschland in Richtung Amerika verließ und dort zu einem der führenden Vertreter der Politikwissenschaft aufstieg, veröffentlichte das Standardwerk 1956 in den Vereinigten Staaten unter dem Titel *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. Trat in dieser Ausgabe sein damaliger Mitarbeiter Brzezinski noch als Koautor auf, kann Friedrich für die ein Jahr später in Deutschland erschienene Fassung *Totalitäre Diktatur* als alleiniger Autor angesehen werden.¹⁴⁴ Bei der klassischen Totalitarismustheorie friedrichscher Couleur, die nach Martin Jänicke die einzige »umfassende und vergleichsweise systematische Theorie totalitärer Herrschaft« darstellte,¹⁴⁵ die gleichermaßen Geltungskraft für den Nationalsozialismus und den stalinistischen Kommunismus beanspruchte, handelte es sich um eine »generalisierende Beschreibung« der totalitären Diktatur. Friedrich entwarf ein idealtypisches Modell im Sinne Max Webers,¹⁴⁶ um anhand eines Sechspunktekatalogs eine staatliche Herrschaftsordnung als totalitär klassifizieren zu kön-

143 Ebd., S. 30.

144 Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge (Mass) 1956 (dt. Ausg.: Carl J. Friedrich, unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957). Im Vorwort zur deutschen Ausgabe auf S. 7 f. reklamierte Friedrich die alleinige Autorschaft für die Konzeption der totalitären Diktatur und gab eine deutliche Distanzierung gegenüber Brzezinski zu erkennen. Im Folgenden beziehe ich mich auf die deutsche Fassung des Buches. Zur Entstehungsgeschichte der Studie und der Frage der Zusammenarbeit der Autoren siehe Hans J. Lietzmann, *Politikwissenschaft im »Zeitalter der Diktaturen« – Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs*, Opladen 1999, S. 125–128.

145 Jänicke, *Totalitäre Herrschaft*, S. 126. Arendts Totalitarismusstudie besaß demgegenüber für Jänicke einen mehr essayistischen Charakter.

146 Der Idealtypus im Sinne von Max Weber zeichnet sich dadurch aus, dass er eine gedankliche Konstruktion von einer oder mehreren Einzelercheinungen zu einem einheitlichen Gedankenbild ist; gewonnen wird er durch die gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit. Beabsichtigt ist die bessere wissenschaftliche Verständigung über die Realität, obwohl der Idealtypus keineswegs die Realität unmittelbar abbildet bzw. nirgends vorfindbar ist. Vgl. Lietzmann, *Politikwissenschaft im »Zeitalter der Diktaturen*, S. 146–157.

nen: 1. eine chiliastische Ideologie, 2. eine alleinherrschende hierarchisch aufgebaute Partei, die zumeist von einer Person, dem Diktator, geführt wurde, 3. eine terroristische Geheimpolizei, die nicht nur tatsächliche Feinde des Regimes bekämpfte, sondern auch gegen »potenzielle Feinde« eingesetzt wurde, 4. ein nahezu vollkommenes Monopol über die Massenkommunikationsmittel durch die Partei, die 5. ein fast vollkommenes Waffenmonopol besaß und 6. die Wirtschaft zentral lenkte.¹⁴⁷ In seinem ursprünglichen Entwurf für das Modell der totalitären Diktatur, das von Friedrich auf der von ihm geleiteten Totalitarismuskonferenz der American Academy of Arts and Sciences in Boston präsentiert wurde – die zufälligerweise an Stalins Todestag am 5. März 1953 begann –,¹⁴⁸ ging er noch von fünf entscheidenden Merkmalen aus – das Kriterium Geheimpolizei fehlte hier –, die jeweils als einzelnes Merkmal den totalitären Charakter eines Herrschaftsregimes definierten. Im Unterschied hierzu stand die Veröffentlichung aus dem Jahre 1957, weil hier die sechs Kriterien in einem interdependenten Wirkungszusammenhang standen, die miteinander verkoppelt waren und sich gegenseitig unterstützten.¹⁴⁹ Anders gesagt: Die einzelnen Merkmale des Totalitarismus waren nur kumulativ zu verstehen. Nur alle Merkmale gemeinsam kennzeichneten ein Regierungssystem als »totalitäre Diktatur«.¹⁵⁰ In wesentlichen Zügen waren für Friedrich die nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaftsformen gleich (»basically alike«-Prinzip). Der Totalitarismus stellte eine Staatsform dar, die »historisch einzigartig und sui generis« war und fundamentale Unterschiede zu »Autokratien der Vergangenheit«, wie der Tyrannis oder der Despotie, aufwies, da diese für Friedrich mit Abstand nicht so entsetzlich waren.¹⁵¹

In dem ersten Band einer groß angelegten Trilogie über die *Geschichte der totalitären Demokratie* untersuchte der in hohem Maße durch den Spanischen Bürgerkrieg, die Moskauer Schauprozesse und die nationalsozialistische Judenverfolgung geprägte polnisch-israelische Historiker Jakob L. Talmon den geistesgeschichtlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Totalitarismus.¹⁵² Für ihn stellten sie nicht *per se* antithetische politische Ordnungsmodelle dar, die nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil: Die beiden »Demokratietypen« entwickelten sich für ihn zur selben Zeit

147 Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 19 f.

148 Carl J. Friedrich, *The Unique Character of Totalitarian Society*, in: Ders. (Hg.), *Totalitarianism. Proceeding of a Conference held at the American Academy of Arts and Sciences, March 1953*, Cambridge (Mass) 1954, S. 47–60; zu den Teilnehmern gehörten neben Friedrich und dem amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan u. a. Hannah Arendt, Karl W. Deutsch, Erik H. Erikson, Merle Fainsod, Else Frenkel-Brunswik, Waldemar Gurian, Alex Inkeles, Marie Jahoda, Harold D. Lasswell, Leo Löwenthal, Peter Nettl, Sigmund Neumann, David Riesman, Adam Ulam und Bertram D. Wolfe. Unter dem Titel *Der einzigartige Charakter der totalitären Gesellschaft* wurde Friedrichs Konferenzbeitrag in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Seidel/Jenkner, *Wege der Totalitarismusforschung*, S. 179–196.

149 Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 19.

150 Siehe Hans J. Lietzmann, *Von der konstitutionellen zur totalitären Diktatur*. Carl Joachim Friedrichs Totalitarismustheorie, in: Söllner/Walkenhaus/Wieland, *Totalitarismus*, S. 174–192, hier S. 175.

151 Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, S. 13.

152 Jacob L. Talmon, *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln und Opladen 1961 (engl. 1952) sowie der zweite Band *Politischer Messianismus. Die romantische Phase* (Köln und Opladen 1963; engl. 1960) und der dritte Band *The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Totalitarian Polarisation in the Twentieth Century* (London 1981).

aus »denselben Prämissen«. Die Geschichte seit dem 18. Jahrhundert, mit dem alles überragenden historischen Ereignis der Französischen Revolution, erschien als der geistige und politische Nährboden für die Weltkrise Mitte des 20. Jahrhunderts, die Talmon zufolge im »schroffen Zusammenprall zwischen empirischer und liberaler Demokratie einerseits und totalitärer messianischer Demokratie andererseits« zu sehen war.¹⁵³ Der zentrale Unterschied zwischen diesen Demokratiemodellen lag Talmon zufolge nicht allein in der Bedeutung, die man dem Wert der Freiheit beimaß, d. h., ob die Freiheit bejaht oder verneint wurde, sondern in der divergierenden Vorstellung dessen, was unter Politik verstanden wurde. Die liberale Variante der Demokratie zeichnete sich in seinen Augen gegenüber der totalitären dadurch aus, dass hier der Bereich der Politik »eine Sache des Experimentierens« war, also durch das Prinzip des »trial and error« gekennzeichnet war; das politische System wurde als »pragmatische Einrichtung« betrachtet und beruhte im Kern auf der menschlichen Fähigkeit zum spontanen Handeln, zudem erkannte es nicht originär politische Bereiche in der Gesellschaft an. Die Idee der totalitären Demokratie wiederum ging von der Voraussetzung aus, dass es *die* Wahrheit ausschließlich in der Politik gab und diese mithin alle menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche beherrschte. Talmon sprach in diesem Zusammenhang von einem »politischen Messianismus«, da der Vorstellung über die Rolle der Politik im »menschlichen Dasein«, der Traum einer vorausbestimmten harmonischen und vollkommenen Welt korrespondierte, »zu der die Menschen unwiderstehlich getrieben und zwangsläufig gelangen werden«.¹⁵⁴ Talmon verwendete in seiner Studie über »demokratische« Massenbewegungen und das ihnen immanente Potenzial der Freiheitsgefährdung unausgesprochen das Paradigma der »Politischen Religion«. So erklärte er:

Diese Untersuchung beschäftigt sich mit einem Geisteszustand, mit einer Art zu fühlen, mit einer Disposition, einem Komplex von geistigen, emotionalen und Verhaltenselementen, die alle zusammen am besten vergleichbar sind mit einer menschlichen Gesamthaltung, die durch eine Religion ausgelöst wird.¹⁵⁵

Zudem fügte Talmon ausdrücklich hinzu, dass eben diese »moderne weltliche Religion« als »objektive Realität« behandelt werden muss.¹⁵⁶

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht in der Forschung zielte der talmonsche Begriff der »totalitären Demokratie« ausschließlich auf den »Totalitarismus der Linken« und war für den rechten Totalitarismus nicht anwendbar.¹⁵⁷ Zur zentralen Figur wurde unter anderem Rousseau mit seinem aus den Freiheitsideen der Aufklärungs-

¹⁵³ Talmon, *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, S. 1.

¹⁵⁴ Ebd., S. 2.

¹⁵⁵ Ebd., S. 11.

¹⁵⁶ Ebd., S. 12.

¹⁵⁷ Ebd., S. 7. Gleichwohl wurde die Untersuchung in der Zeit des Kalten Krieges im Sinne der identifizierenden Totalitarismustheorie rezipiert und auf die Regime des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Stalinismus angewandt. In der Einleitung stellte Talmon indes fest, dass nur der »Totalitarismus der Linken« mit dem Begriff Demokratie in Verbindung gebracht werden kann, weil nur die politische Linke in der Tradition der Aufklärung stand und sich somit universalistischen Prinzipien verpflichtet fühlte. Die politische Rechte negierte für Talmon *qua definitionem* allgemein gültige menschliche Werte, da sie ausschließlich in Kategorien des Staates, der Nation oder der Rasse dach-

philosophie stammenden radikaldemokratischen Ideal der absoluten Volkssouveränität, um somit zu einer vollkommenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gleichheit zu gelangen. Es mündete in dessen Postulat eines »Gemeinwillens« (»volonté générale«). Durch eine vollständige Übereinstimmung aller individuellen Willen mit dem Allgemeinwillen sollte ein Gemeinwesen hergestellt werden, das befreit war von wirtschaftlichen und politischen Sonderinteressen, damit eine absolut homogene Gesellschaft erreicht werden kann.¹⁵⁸

Eine »sozialreligiöse Version der Totalitarismustheorie« (Nolte) legte 1957 der englische Kulturhistoriker Norman Cohn mit seiner Studie *The Pursuit of the Millennium* vor, der die chiliastischen Vorstellungen von einem Tausendjährigen Reich in den politisch-religiösen Massenbewegungen des Mittelalters und der Reformationszeit untersuchte. In der deutschen Ausgabe machte er in seinem Vorwort deutlich, dass die in diesen Ketzerbewegungen anzutreffende *revolutionäre Eschatologie* frappante Ähnlichkeiten mit den zeitgenössischen totalitären Bewegungen – dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus – aufwiesen.¹⁵⁹ In der Erwartung eines sogenannten *letzten Kampfes* zielte dieser revolutionäre, apokalyptische Fanatismus auf die Zertrümmerung einer Welt – einer Welt, die von einer bösen, tyrannischen, absolut zerstörerischen Macht beherrscht wurde, die nachgerade mit übermenschlichen, dämonischen Kräften ausgestattet zu sein schien –, damit letzten Endes daraus eine völlig erneuerte, in ihren Überzeugungen einheitliche, konfliktfreie Gesellschaft entstehen konnte. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Mittelalter die Forderung aufgestellt: »Säuberung der Welt durch Ausrottung der Repräsentanten der Verderbnis«¹⁶⁰. Es waren nicht selten »die Großen« und oftmals »die Juden«, die für sämtliche gesellschaftlichen Missstände verantwortlich gemacht wurden und die in säkularisierter Version in den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts wiederauftauchten. Für Cohn kam der Vorstellung eines »entscheidenden Endkampfes« zur Erneuerung der Welt in der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologie insofern eine zentrale Bedeutung bei, als einerseits durch die Vernichtung der »jüdischen Rasse« bzw. andererseits der »Bourgeoisie« dieses utopische Ziel verwirklicht werden sollte.¹⁶¹

Im sowjetischen Herrschaftssystem kam es nach dem Tode Stalins im Jahre 1953 und Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) 1956 – auf dem erstmals die kommunistischen Massenverbrechen offiziell zugegeben und infolgedessen eine massive Kritik des noch unter Stalin praktizierten Personenkults geübt wurde – zu essenziellen Veränderungen. Wesentlicher Ausdruck dieses Wandlungsprozesses war die nachlassende Bedeutung, die der Terror als totalitarismustypisches Phänomen des gesellschaftlichen und politischen Alltags spielte und die unter anderem in Ansätzen zu einem Abbau des Gulagssystems führte. Zudem wurde nicht zuletzt durch den jugoslawischen und polnischen

te; die Linke wiederum nahm den »Individualismus und Rationalismus« zum Ausgangspunkt ihres Denkens (Talmon, S. 6 f). Vgl. Lietzmann, Politikwissenschaft im »Zeitalter der Diktaturen«, S. 223.

158 Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, S. 227.

159 Norman Cohn, *The Pursuit of the Millennium*, London 1957; hier nach der dt. Ausg.: *Das Ringen um das Tausendjährige Reich. Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen*, Bern 1961, S. 7.

160 Ebd., S. 271.

161 Ebd., S. 272 f.

Reformkommunismus sowie den Volksaufstand in Ungarn der absolute hegemoniale Anspruch der Sowjetunion über den östlichen Staatenblock unterminiert. Nachdem bereits von Karl W. Deutsch Vorstellungen einer möglicherweise lückenlosen, perfekten Herrschaftskontrolle im Totalitarismus problematisiert wurde und er einen möglichen Zerfall des sowjetischen Machtssystems thematisierte,¹⁶² traten im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre immer mehr Zweifel vor allem an der klassischen Totalitarismustheorie friedrichscher Couleur auf, der in seinem statischen Modell von der Dauerhaftigkeit bzw. Überlebensfähigkeit der totalitären Regime in der Sowjetunion und in Osteuropa ausging und der nicht mit ihrer Wandlungsfähigkeit rechnete. Hier war der kritische Anstoß für die empirisch ausgerichtete politik- und sozialwissenschaftliche Forschung zu sehen, den idealtypischen Begriff der totalitären Herrschaft zu überprüfen und sich der Frage zuzuwenden, inwiefern die theoretischen Einsichten der älteren Arbeiten noch aufrechterhalten werden konnten. Am Ende der methodologisch abgesicherten Untersuchungen stand die grundsätzliche Infragestellung der Totalitarismustheorie.

Arkadi R. L. Gurland kritisierte schon 1954 die »schematische Starrheit und Einseitigkeit« der Totalitarismusdefinition¹⁶³ und sprach sich gegen die Konstruktion eines allgemeinen Modells des Totalitarismus aus. Vielmehr war er der Ansicht, dass »man einen Gegenstand in seiner Gänze analysiert« haben muss, bevor sein Begriff bestimmbar sei, und forderte demgegenüber, den dynamischen Charakter der unterschiedlichen östlichen Gesellschaftssysteme zu erforschen.¹⁶⁴ Martin Draht bemühte sich 1958, angesichts der veränderten Bedeutung, die den einzelnen Bestimmungsmerkmalen im Rahmen der Charakterisierung totalitärer Herrschaft zufiel – er sah es nicht als erwiesen an, ob die Auswahl der einzelnen Merkmale nicht eher zufällig erfolgte – um eine Modifikation der Totalitarismustheorie. Draht fragte nach dem »zentralen Prinzip« des Totalitarismus, das im Wesentlichen dessen Charakteristika bestimmte und letzten Endes das alles entscheidende Kriterium für die Begriffsprägung darstellte. In Abgrenzung zu autoritären Herrschaftsformen sah er es im »Primärphänomen des Totalitarismus«, das von ihm definiert wurde als »das Ziel, ein neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen, das bis in ›Metaphysik‹ hinein fundiert wird.«¹⁶⁵ Davon abhängig seien die »Sekundärphänomene«, wie zum Beispiel das Merkmal Terror.

Das allmähliche Abrücken vom Modell des Totalitarismus kam besonders in der Kritik von Otto Stammer zum Ausdruck.¹⁶⁶ Er problematisierte die Subsumtion von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus unter ein und dieselbe Kategorie, denn trotz bemerkenswerter gemeinsamer Merkmale bestanden für ihn »geradezu systembestimmende spezifische Wesenszüge der einzelnen Herrschaftsordnun-

162 Karl W. Deutsch, Risse im Monolith: Möglichkeiten und Arten der Desintegration in totalitären Systemen (1954), in: Seidel/Jenkner, Wege der Totalitarismusforschung, S. 197–227.

163 A[rkadij] R. L. Gurland, Einleitung, in: Max G. Lange, Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands, Frankfurt a. M. 1954, S. VIII–XXXVI, hier S. IX.

164 Ebd., S. IX.

165 Martin Draht, Totalitarismus in der Volksdemokratie, Einleitung, in: Ernst Richert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1958, S. IX–XXXIV, hier S. XXV.

166 Otto Stammer, Aspekte der Totalitarismusforschung, in: Soziale Welt 12 (1961), H. 2, S. 97–128.

gen«¹⁶⁷. Angesichts der Möglichkeit für das Entstehen »eines latenten Pluralismus der Machträger und Organisationen« in den sowjetkommunistischen Ländern sowie der Herauskristallisierung von »relativen Freiheiten« und von »politikfreien Räumen« für die Menschen sprach sich Stammer gegen die »allgemeinen idealtypischen« Begriffe sowie gegen die »statisch-klassifizierenden Methoden« aus. Vielmehr plädierte er ausdrücklich für historisch-empirische Arbeiten und sprach sich zugunsten von »Theorien mittlerer Reichweite« für bestimmte Sach- und Problemzusammenhänge bzw. Entwicklungsabschnitte totalitärer Systeme« aus.¹⁶⁸

Die schärfste Kritik an den früheren Totalitarismustheorien formulierte in verschiedenen Veröffentlichungen Peter Christian Ludz. 1961 stellte er in seinem einflussreichen Aufsatz *Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung*¹⁶⁹ fest, dass sich das sowjetische System »aus sich heraus – trotz der monopoloiden Herrschaft einer elitären Partei, die Propaganda und die organisierten Massen kontrolliert und immer neue Formen der Kontrolle erfindet – (als) wandlungsfähig«¹⁷⁰ imstande zeigte. Vor allem war der Terror als Phänomen des alltäglichen Lebens in der Sowjetunion »entscheidend zurückgegangen«¹⁷¹. Ludz setzte sich von den Arbeiten Friedrichs, Arendts und Brzezinskis in Bezug auf die kommunistische Spielart der totalitären Herrschaft ab, weil objektiv konstitutive Merkmale in deren ursprünglichen Konzeptionen des Totalitarismusbegriffs nicht mehr zuträfen und somit eine »Neuformulierung dieser Theorie« notwendig erschien. Bereits drei Jahre danach verabschiedete er sich grundsätzlich von der Totalitarismustheorie. In seinem *Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft*¹⁷² behauptete er, »daß ein bolschewistisches System unter den Bedingungen der Industriegesellschaft [...] eher zu einer autoritären als zu einer totalitären Verfassung tendiert«.¹⁷³ Eine Weiterführung seines Ansatzes nahm er in seiner empirisch-systematischen Untersuchung über die »Parteielite« der SED vor, in der er angesichts der sich wandelnden kommunistischen Industriegesellschaft der DDR die Hypothese aufstellte, dass sich hier eine autoritäre Herrschaft etabliert habe, in der nicht mehr auf den massiven Einsatz von Terror zurückgegriffen wurde.¹⁷⁴

167 Ebd., S. 105.

168 Ebd., S. 106.

169 Peter Christian Ludz, *Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2 (1961), H. 4, S. 319–348.

170 Ebd., S. 337.

171 Ebd., S. 338.

172 Ders., *Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft*, in: *Seidel/Jenkner, Wege der Totalitarismusforschung*, S. 532–599.

173 Ebd., S. 549.

174 Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung*, Köln 1968.

Der Monat

1948/49

ERSTER JAHRGANG

HEFT 1-12

Philosophie und Geschichte

DAS SCHICKSAL DES ABENDLANDES (Drei Perspektiven)		
Der Weg zum Weltstaat	Bertrand Russell	1 4
Nach der Atombombe	Franz Borkenau	1 9
Bewährung des Westens	Arnold J. Toynbee	1 17
HOFFNUNG AUF EINE BESSERE WELT?		
Der Antidrist in uns	Benedetto Croce	3 3
Das Jahrhundert des Verrats	Hans Kohn	3 7
Was kostet der Fortschritt?	Aldous Huxley	3 15
Lenins letzte Tage. Aus einer kritischen Biographie	David Shub	3 37
Der englische Charakter	Henry Steele Commager	3 85
Toynbee und die Weltgeschichte	Golo Mann	4 34
Die Adsenzeit der Weltgeschichte	Karl Jaspers	6 3
John Dewey. Ein Porträt	Sidney Hook	6 40
Benedetto Croce. Ein Gespräch	Raymond Millet	6 47
Nikolai Berdjajew. Ein Gedenkblatt	Stefan Schimanski	6 50
EINE WELT — ODER KEINE!		
Der Mythos einer Weltregierung	G. A. Borgese	7 3
Ist die Welt wirklich unteilbar?	James Burnham	7 12
Gegner der Welteinheit	Hans Kohn	7 19
Die Einheit der westlichen Kultur	Bertrand Russell	7 24
William James und der Barwert der Philosophie	Joachim G. Leithäuser	11 26
DAS NEUE WELTBILD		
Von der Verlassenheit des Menschen	W. T. Stace	12 3
Vom Charakter der modernen Wissenschaft	Karl Jaspers	12 12
Philosophie und Politik	Bertrand Russell	12 17
Ein Blick in die Zukunft	Denis de Rougemont	12 28

Politik

Sowjetrußland ohne Propaganda	Drew Middleton	1 27; 2 61
DER WEST-ÖSTLICHE GEGENSATZ (Drei Aspekte)		
Ist der Krieg unvermeidlich?	Barbara Ward	2 3
Drei Grundzüge westlichen Denkens	Sidney Hook	2 8
Vom Wesen des Kommunismus	James Burnham	2 18
Revolution im November	Boris Shub	2 87
DER SEECKT-PLAN		
Aus unveröffentlichten Dokumenten	Julius Epstein	2 42
Politik und Kriegeromantik	Eugen Fischer-Baling	2 50
Seekt, Stalin und Europa	M. J. L.	2 55
WEGE ZU EINEM NEUEN EUROPA		
Expansion und Kontraktion	Bertrand de Jouvenel	4 3
Die Initiative liegt bei uns	Barbara Ward	4 6
Die transatlantische Gemeinschaft	A. M. Schlesinger jr.	4 11
Kann der Marshall-Plan Europa retten?	Karl v. Schumacher	4 19
Benelux als Beispiel	Manuel Gasser	4 22
Die Deutschen in Europa	W. M. Guggenheimer	4 26